

Schriften des Historischen Kollegs

Herausgegeben
von der
Stiftung Historisches Kolleg

Kolloquien
18

R. Oldenbourg Verlag München 1990

Der Aufstieg der deutschen Arbeiterbewegung

Sozialdemokratie und Freie Gewerkschaften
im Parteiensystem und Sozialmilieu
des Kaiserreichs

Herausgegeben von
Gerhard A. Ritter
unter Mitarbeit von
Elisabeth Müller-Luckner

24 013 417
9.2
9/11

R. Oldenbourg Verlag München 1990

berg 5 (Bochum) 1912 mit dem Bergmann Karl Heckmann einen nationalliberalen Arbeiter in den Reichstag.

So plausibel diese Erklärungen sind, so wenig erfassen sie eine bestimmte Tiefendimension, die dem konfliktgeladenen Verhältnis zwischen SPD und Zentrum auch zugrundelag und die erst die emotionale Komponente in diesen Beziehungen verständlich werden läßt. Das durch den Nationalliberalismus repräsentierte Bürgerliche Lager war über materielle Interessengegensätze klar und rational definierbar, das Zentrum dagegen ein wenig faßbares politisches Phänomen, das es eigentlich gar nicht geben dürfe oder doch nicht mehr geben dürfe, das aber gleichwohl eine beunruhigende Überlebenskraft besaß. Das Verhältnis zwischen der Sozialdemokratie und dem politischen Katholizismus ist deshalb durch eine tiefe kulturelle Distanz und Fremdheit geprägt, selbst wenn man gelegentlich politisch zusammenarbeitete, während umgekehrt eine ganze Reihe von Indizien darauf hindeutet, daß sozialdemokratische Aktivisten dem Protestantismus innerlich weitaus näherstanden, obwohl letzterer stärker mit dem Klassengegner identifiziert werden konnte als das Katholische Lager.

Das ist im Grunde wenig verwunderlich, wenn man an die protestantischen Grundlagen der Ruhrgebietssozialdemokratie in den 1890er Jahren denkt und des weiteren daran, daß offenbar ein bestimmter Teil des sozialdemokratischen Milieus, soweit er protestantisch war, einen radikalen Bruch mit der traditionellen Lebenswelt, zu der zentral auch die Kirche gehörte, nicht vollzogen hatte. Dazu gab es an der Ruhr, im Unterschied zu anderen Gegenden Deutschlands⁷³, kein katholisches Pendant. Wer in dieser Region zum katholischen Milieu gehörte, stimmte in diesem historischen Zeitraum für das Zentrum, und umgekehrt. Ironischerweise war zwar der erste sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete aus dem Ruhrgebiet, sieht man von dem kurzen Gastspiel Hasenclevers im Norddeutschen Reichstag ab, ein früherer katholischer Theologiestudent, der allem Anschein nach auch persönlich gute Beziehungen zu dem Dortmunder Zentrumsführer Lensing unterhielt, aber es handelte sich um einen Katholiken, der seine einstige katholische Weltanschauung gegen die Weltanschauung des „wissenschaftlichen Sozialismus“ eingetauscht hatte⁷⁴.

In der Ruhrgebietssozialdemokratie steckte somit eine teils über einen protestantischen, teils über einen laizistischen Nexus vermittelte kulturelle Distanz und ein damit einhergehendes tiefes Mißtrauen gegenüber dem Katholizismus. Sie machte eine gelegentliche taktische Zusammenarbeit zwar nicht unmöglich, aber doch ungemein schwer, da es stets einer besonderen Anstrengung bedurfte, um vor der eigenen Anhängerschaft eine auch nur begrenzte Kooperation mit dieser, wie es immer wieder in der sozialdemokratischen Agitation hieß, „heuchlerischsten Variante“ des Bürgerlichen Lagers zu rechtfertigen.

⁷³ München ist unter anderem ein solches Gegenbeispiel. Vgl. ferner *Merith Niebuss*, Zur Schichtungsanalyse der SPD-Wähler in Bayern 1890–1900, in: *Peter Steinbach* (Hrsg.), Probleme politischer Partizipation im Modernisierungsprozeß (Stuttgart 1982) 217 ff.

⁷⁴ Vgl. *Friedrich Wilhelm Saal*, Franz Lütgenau. Der erste sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete des Ruhrgebiets und Gründer der Volkshochschule Dortmund, in: Beiträge zur Geschichte Dortmunds und der Grafschaft Mark 72 (1980) 109 ff.

IV. Gewerkschaften, Arbeitskämpfe und Tarifverträge: Regionale Ausbreitung und branchenspezifische Organisationsprozesse

Klaus Schönhoven

Die regionale Ausbreitung der deutschen Gewerkschaften im Kaiserreich 1890–1918

Vorbemerkung

Im November 1890, wenige Wochen nach dem Fall des Sozialistengesetzes, gründeten die der SPD nahestehenden Gewerkschaftsverbände ein eigenes zentrales Koordinationsgremium, die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Diese Kommission erfüllte in den folgenden Jahrzehnten eine der ihr gestellten Aufgaben mit besonderer Sorgfalt: die Sammlung der statistischen Daten der unter ihrem Dach zusammengefaßten gewerkschaftlichen Einzelorganisationen. Im Laufe der Jahre wurden die von der Kommission publizierten Daten immer umfangreicher. Sie spiegelten den Durchbruch der Freien Gewerkschaften zur Massenbewegung eindrucksvoll wider, informierten detailliert über die organisatorischen Einrichtungen und finanziellen Leistungen der verschiedenen Berufs- und Industrieverbände und gaben Rechenschaft über die Anzahl und den Verlauf der Arbeitskämpfe. Bis 1907 war das von der Generalkommission regelmäßig veröffentlichte statistische Material so stark angeschwollen, daß man sich entschloß, es jährlich in gesonderten Beilagen zum „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ zu drucken, um kontinuierlich und möglichst umfassend über die Gebiete Tarifverträge, Lohnbewegungen, Arbeiterschutz, Gewerkschaftsorganisation, Gewerkschaftskartelle und Arbeitersekretariate berichten zu können.

In diesem Berg von Daten, die eine Fundgrube für sozialgeschichtliche Untersuchungen zum späten Kaiserreich sind, sucht man jedoch vergeblich nach Informationen über die regionale Ausbreitung der Gewerkschaften in Deutschland. Die Generalkommission erhob die entsprechenden Daten nie systematisch und hinterließ eine

statistische Lücke, die allerdings „nicht zufälliger Natur“¹ war. Jeder der zeitweise über 60 Einzelverbände der Freien Gewerkschaften untergliederte nämlich seine Organisationsräume nach anderen Prinzipien. Die Kriterien für die Einrichtung von lokalen Zahlstellen, regionalen Zweigvereinen, Verbandsgauen und Verwaltungsbezirken definierten die Gewerkschaften autonom, wobei sie sich an ihren berufsspezifischen Interessen orientierten und nicht am staatlichen Verwaltungsaufbau. Die Bezirke des Metallarbeiterverbandes deckten sich ebensowenig mit den Grenzen der Bundesstaaten des Deutschen Reiches wie die Gauen des Holzarbeiterverbandes; der Bergarbeiterverband faßte seine Mitglieder nach Grubenrevieren zusammen, der Fabrikarbeiterverband orientierte seinen regionalen Unterbau an den Standorten der chemischen Industrie. Flächendeckende Zahlstellennetze konnten sich im späten Kaiserreich nur mitgliederstarke und damit auch finanzkräftige Verbände leisten, während kleinere Gewerkschaften damit zufrieden sein mußten, in städtischen Zentren präsent zu sein. Einzelne hochspezialisierte Berufsverbände, wie z. B. die Verbände der Schiffszimmerer, der Werftarbeiter oder der Notenstecher, organisierten Arbeitergruppen, die sich in einer Region oder einer Stadt konzentrierten, weshalb ein reichsweiter Verbandsaufbau überflüssig war.

Die folgenden Berechnungen und Überlegungen können also nicht von den überlieferten Statistiken der Generalkommission oder der Einzelverbände ausgehen, weil diese keine für die Gebietsebene der Bundesstaaten verwertbaren Vergleichszahlen enthalten. Die Untersuchung muß sich deshalb auf andere zeitgenössische Erhebungen stützen, vor allem auf die von Walter Troeltsch und Paul Hirschfeld 1905 bzw. 1908 in zwei Studien publizierten Statistiken², die die beiden Sozialwissenschaftler aus heute nicht mehr verfügbaren Jahres- oder Quartalsabrechnungen der einzelnen Verbände oder nach direkter Befragung der Verbandsvorstände erstellten. Ergänzen ließ sich dieses Material durch die vom Kaiserlichen Statistischen Amt für 1911, 1912, 1913 und 1918 veröffentlichten Übersichten zur Verbreitung der Gewerkschaften nach Staaten und Landesteilen³. Für die Jahre 1914 bis 1917 konnte das Kaiserliche Statistische Amt aufgrund der „Unvollständigkeit des Materials infolge des Krieges“⁴ keine Angaben machen.

¹ So das Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Nr. 11 vom 17. März 1906.

² Walter Troeltsch, Paul Hirschfeld, Die deutschen sozialdemokratischen Gewerkschaften. Untersuchungen und Materialien über ihre geographische Verbreitung 1896–1903 (Berlin 1905); Paul Hirschfeld, Die Freien Gewerkschaften in Deutschland. Ihre Verbreitung und Entwicklung 1896–1906 (Jena 1908). Künftig zitiert: Troeltsch/Hirschfeld bzw. Hirschfeld.

³ Die Verbände der Arbeitgeber, Angestellten und Arbeiter im Jahre 1911. Bearb. im Kaiserlichen Statistischen Amte, Abteilung für Arbeiterstatistik (6. Sonderheft zum Reichs-Arbeitsblatte, Berlin 1913); dass. 1912 (8. Sonderheft zum Reichs-Arbeitsblatte, Berlin 1914); dass. 1913 (11. Sonderheft zum Reichs-Arbeitsblatte, Berlin 1915); Die Verbände der Unternehmer, Angestellten, Arbeiter und Beamten im Jahre 1918, mit Berücksichtigung ihrer Entwicklung in der Folgezeit. Bearb. im Reichsamt für Arbeitsvermittlung (22. Sonderheft zum Reichs-Arbeitsblatte, Berlin 1920). Im folgenden zitiert: Verbände (mit der jeweiligen Jahreszahl, auf die sich die Erhebungen beziehen).

⁴ Verbände 1914, 45*, Anm. 2.

Sowohl die von Troeltsch und Hirschfeld gesammelten Daten als auch die Übersichten des Kaiserlichen Statistischen Amtes sind unvollständig. Verschiedene Verbände beteiligten sich nicht an den Erhebungen oder lieferten nur lückenhafte Unterlagen, weil sie selbst keine genauen Angaben über ihre Mitgliederzahlen auf der Ebene der Bundesstaaten besaßen. Deshalb schwankt die Erfassungsquote bei Troeltsch und Hirschfeld zwischen zwei Dritteln (1896) und gut vier Fünfteln (1906) der freigewerkschaftlichen Mitglieder, während das Statistische Amt in seinen ab 1911 publizierten Tabellen jeweils über 90 Prozent der Mitglieder regional zuordnen konnte. Störend für die Auswertung der Daten ist vor allem, daß neben dem Mitgliederbestand einiger kleiner Verbände (z. B. Asphalteure, Gärtner, Glaser, Xylographen) die Mitglieder des Bergarbeiterverbandes (1911: 120 975 Mitglieder) nicht nach Bundesstaaten aufteilbar sind. Die sich daraus ergebenden regionalen Abweichungen (vor allem in Westfalen, Mitteldeutschland und Schlesien) müssen bei einer Interpretation der Tabellen beachtet werden.

Sehr viel lückenhafter als für die Freien Gewerkschaften ist das Datenmaterial für die beiden anderen Richtungsgewerkschaften, den Dachverband der Christlichen Gewerkschaften und den Dachverband der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine. Die Generalkommission veröffentlichte zwar regelmäßig Angaben zum Mitgliederbestand dieser beiden Konkurrenzorganisationen, ordnete diese aber nicht nach regionalen Kriterien. In der von Troeltsch und Hirschfeld vorgelegten Studie finden sich verwertbare Zahlen für 1903 (vgl. Tab. 7); das Kaiserliche Statistische Amt konnte bei seinen Erhebungen ab 1911 höchstens 50 Prozent der Mitglieder dieser beiden Dachverbände den Bundesstaaten zuordnen und verzichtete deshalb auf einen systematischen Vergleich der Verbreitungsgebiete aller drei Richtungsgewerkschaften.

I

Die gewerkschaftliche Mobilisierung der Arbeiterschaft, die in den 1880er Jahren noch unter den koalitionsfeindlichen Rahmenbedingungen des Sozialistengesetzes erneut einsetzte⁵, vollzog sich nicht in einem kontinuierlichen Wachstumsprozeß, an dem die verschiedenen Berufsgruppen und die verschiedenen regionalen Räume in Deutschland gleichmäßig partizipierten. Auf die Organisationsbereitschaft der Arbeiter wirkte eine Vielzahl von verhaltensrelevanten Faktoren ein, deren genauere Analyse hier ausgeklammert werden muß. Die berufliche Situation, das Alter, das Geschlecht und der Familienstand der Arbeiter und Arbeiterinnen, gewerbestrukturelle

⁵ Vgl. dazu Gerhard A. Ritter, Klaus Tenfelde, Der Durchbruch der Freien Gewerkschaften Deutschlands zur Massenbewegung im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts, in: Vom Sozialistengesetz zur Mitbestimmung, hrsg. von Heinz Oskar Vetter (FS Hans Böckler, Köln 1975) 61–120; Willy Albrecht, Fachverein – Berufsgewerkschaft – Zentralverband. Organisationsprobleme der deutschen Gewerkschaften 1870–1890 (Bonn 1982); Klaus Schönhoven, Die deutschen Gewerkschaften (Frankfurt am Main 1987) 46 ff.; Klaus Tenfelde, Die Entstehung der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Vom Vormärz bis zum Ende des Sozialistengesetzes, in: Geschichte der deutschen Gewerkschaften, hrsg. von Ulrich Borsdorf (Köln 1987) 15–165, 149 ff.

und betriebliche Gegebenheiten, das Ansehen und die Überzeugungskraft der Gewerkschaftsfunktionäre, geographische und gesetzliche Rahmenbedingungen potenzierten oder neutralisierten sich in ihrer organisationsfördernden bzw. organisationshemmenden Wirkung. Erhebliche Bedeutung für die Expansionschancen der Gewerkschaftsverbände hatte die Größe der Betriebe und der Orte, der Industrialisierungsgrad einer Region und ihre vereinsrechtliche Verfassung⁶.

So hatte zwar die 1869 für den Norddeutschen Bund in Kraft getretene und dann vom Deutschen Reich übernommene Gewerbeordnung das freie Koalitionsrecht für gewerbliche Gehilfen und Fabrikarbeiter dekretiert – landwirtschaftliche Arbeitskräfte und Dienstboten konnten auch weiterhin durch Gesindeordnungen diszipliniert werden –, aber diese Koalitionsfreiheit stand vielfach nur auf dem Papier, weil die einzelstaatlichen Vereinsgesetze, behördliche Schikanen und unternehmerische Repressalien sie aushöhlten. Sobald Gewerkschaften auf das Gebiet der allgemeinen Sozialpolitik übergriffen und beispielsweise über die Fabrikgesetzgebung, die Verkürzung der Arbeitszeit oder die Sonntagsruhe debattierten, liefen sie Gefahr, die Bestimmungen der Landesgesetze über politische Vereine zu verletzen. Der partikularstaatliche Verfassungsschutz beschnitt und behinderte die gewerkschaftliche Bewegungsfreiheit mit einer Fülle von Verordnungen, deren gemeinsame Zielrichtung trotz aller Widersprüchlichkeiten im Einzelnen sich auf die präventive Bekämpfung der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung konzentrierte⁷. Die Lex Hohenlohe vom Dezember 1899 brachte dann eine reichsgesetzliche Aufhebung des Verbindungsverbots für politische Vereine und schob einzelstaatlichen Gesetzesverschlechterungen einen Riegel vor, doch auch weiterhin konnten die Polizeibehörden der Bundesstaaten mit dem Auskunftszwang bei der Gründung von gewerkschaftlichen Zahlstellen und dem Anmeldezwang bei der Abhaltung von gewerkschaftlichen Veranstaltungen den lokalen und regionalen Vormarsch der Gewerkschaftsverbände aufhalten. Erst das Reichvereinsgesetz vom April 1908 schuf eine für das ganze Reichsgebiet verbindliche koalitionsrechtliche Grundlage. Frauen und Jugendliche über 18 Jahre konnten sich nun auch politisch organisieren und an Versammlungen von Parteien teilnehmen. Der umstrittene Sprachenparagraph dieses Gesetzes schrieb aber für öffentliche Versammlungen den Gebrauch der deutschen Sprache vor und erschwerte damit auch weiterhin die gewerkschaftliche Agitation in den nationalgemischten preußischen Ostprovinzen, unter den Ruhrpolen in Westfalen, unter den Dänen in Nordschleswig und den Franzosen in Elsaß-Lothringen. Nicht reformiert wurde bis 1918 der § 153 der Gewerbeordnung, der den Koalitionszwang bei Arbeitskämpfen unter Strafe

⁶ Vgl. dazu ausführlich Klaus Schönhoven, Expansion und Konzentration. Studien zur Entwicklung der Freien Gewerkschaften im Wilhelminischen Deutschland 1890 bis 1914 (Industrielle Welt 30, Stuttgart 1980). Künftig zitiert: Schönhoven, Expansion.

⁷ Vgl. dazu mit vielen Beispielen: Das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter in Theorie und Praxis. Denkschrift der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Bearb. im Auftrage derselben von Carl Legien (Hamburg 1899).

stellte und jeden Streik zum unwägbaren Risiko machte, indem er das Streikpostenstehen kriminalisierte⁸.

Um der staatlichen Kontrolle zu entgehen, die in Preußen und im Königreich Sachsen bis zur Jahrhundertwende besonders rigoros gehandhabt wurde, weil hier ein „Koalitionsrecht von Polizeignaden“ bestand⁹, hatten die meisten freigewerkschaftlichen Verbände während ihrer Reorganisations- und Neugründungsphase in den späten 1880er und frühen 1890er Jahren ihre Vorstandssitze außerhalb dieser industriewirtschaftlich fortschrittlichen, aber vereinsrechtlich rückständigen Bundesstaaten angesiedelt. Bevorzugtes Domizil der Verbandsvorstände war die Hansestadt Hamburg, in der bis 1902 insgesamt 21 Einzelverbände und auch die Generalkommission residierten. Die 1891 bzw. 1893 gegründeten Industrieverbände der Metallarbeiter und der Holzarbeiter errichteten ihre Zentralen in Stuttgart; in Bremen etablierten sich die Vorstände der Böttcher und Tabakarbeiter; Karlsruhe war der Verbandssitz der Glaser; Nürnberg wählten die Schuhmacher und Altenburg die Hutmacher als ihre Vorstandsorte. Doch in den letzten anderthalb Jahrzehnten vor Kriegsbeginn gewann die politische und gewerkschaftliche Zentralität der Reichshauptstadt zunehmend an Gewicht: 1914 hatten 31 Einzelverbände und die Generalkommission (seit 1903) ihren Sitz in Berlin; 17 Einzelverbände entschlossen sich jedoch nicht zu einem Umzug in die Reichsmetropole, darunter die mitgliederstarken Verbände der Bergarbeiter (Bochum), der Fabrikarbeiter (Hannover) und der Metallarbeiter (Stuttgart). Hamburg hatte seine überragende Führungsposition verloren, war aber nach Berlin als Vorstandssitz der Verbände der Bäcker, Bauarbeiter, Kürschner, Maler, Schiffszimmerer und Zimmerer immer noch das wichtigste Zentrum der Freien Gewerkschaften¹⁰.

Die Wahl der Vorstandsorte besaß namentlich in den neunziger Jahren eine nicht zu unterschätzende Bedeutung für die regionale Ausstrahlungskraft der Einzelverbände, die im Umfeld ihrer Verbandszentralen besonders intensiv um Mitglieder warben. Generell kann man feststellen, daß sich die Hauptmasse der freigewerkschaftlichen Mitglieder in Mittel- und Großstädten konzentrierte. In den urbanen Ballungsgebieten entwickelten sich am Arbeitsplatz, aber auch im Wohn- und Freizeitbereich dauerhaftere solidarische Beziehungen zwischen den Arbeitern als auf dem flachen Land. Die alten Residenz-, Gewerbe- und Handelsstädte, in denen seit 1848/49 die sozialistische Arbeiterbewegung Fuß gefaßt hatte, und die im Laufe des 19. Jahrhunderts erst gegründeten, dann aber rasch anwachsenden Zentren der Metall-, Schwereisen-, Kohle- und Chemieindustrie wurden zu Hochburgen der Gewerkschaftsbewegung. Städtische Arbeiter sahen sich „am stärksten und nachhaltigsten der industriellen So-

⁸ Zur Anwendung dieser Bestimmung s. Klaus Saul, Staat, Industrie, Arbeiterbewegung im Kaiserreich. Zur Innen- und Sozialpolitik des Wilhelminischen Deutschland 1903–1914 (Studien zur modernen Geschichte 16, Düsseldorf 1974) 188–282.

⁹ So Carl Legien, der Vorsitzende der Generalkommission, auf dem Kongreß der Freien Gewerkschaften 1899; zit. nach Protokoll der Verhandlungen des 3. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands. Abgehalten zu Frankfurt a. M.-Bockenheim vom 8. bis 13. Mai 1899 (Nachdr. Berlin–Bonn 1979) 95.

¹⁰ Vgl. die Aufstellung der Vorstandsorte in Adressen-Beilage des Correspondenz-Blatt, Nr. 3 vom 3. Juli 1915.

zialisierung¹¹ ausgesetzt. Großstädte waren Orte, an denen sich der moderne Industriekapitalismus und mit ihm die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit am deutlichsten entfalteten. Hier bezeugten Mietskasernen und Villenvororte die klassengesellschaftliche Segregation steinern; hier ließ sich aber auch die autonome Organisation von Sozialdemokratie und Gewerkschaften in den proletarischen Wohnquartieren und am Arbeitsplatz auf Dauer weder polizeistaatlich zähmen noch patriarchalisch einhegen; hier konnte sich die solidaritätsstiftende Kommunikation im Vereins- und Alltagsleben am schnellsten herausbilden und konsolidieren.

In den Großstädten mit mehr als 100 000 Einwohnern lebte zwar 1895 nur gut ein Fünftel der nicht-landwirtschaftlichen Arbeiter, aber 45 Prozent der freigewerkschaftlichen Mitglieder (vgl. Tab. 5). Dieser Mitgliederanteil stieg in den folgenden Jahren kontinuierlich an und erreichte 1911 mit 56,9 Prozent seinen Höhepunkt. Die rasch fortschreitende Urbanisierung und die sie begleitende Ausweitung der großstädtischen Arbeiterbevölkerung, die sich zwischen 1895 und 1907 fast verdoppelte, erklären diese Entwicklung nur zum Teil. In Klein- und Mittelstädten sowie in ländlichen Gemeinden lebten auch 1907 noch fast drei Viertel aller gewerblichen Arbeiter, während ihr Anteil an den Mitgliedern der Freien Gewerkschaften nur etwas mehr als zwei Fünftel betrug. Das Organisationsgefälle zwischen Stadt und Land verdeutlichen folgende Zahlen besonders eindeutig: 1911 gehörten in den Großstädten mit mehr als 100 000 Einwohnern 42 Prozent aller in Industrie, Handel und Gewerbe hauptberuflich tätigen Arbeiter einem freigewerkschaftlichen Verband an; in Mittel-, Klein- und Landstädten ab 2000 Einwohnern betrug die Organisationsquote 16,4 Prozent, und in dörflichen Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern lag sie nur bei 1,2 Prozent¹².

Das Wachstumstempo der Freien Gewerkschaften in den Großstädten mit mehr als 200 000 Einwohnern und das Entstehen eines gewerkschaftlich orientierten Arbeitertypus in diesen Ballungsräumen dokumentiert Tab. 6: In fünf Städten (Hannover, Dresden, Stuttgart, Nürnberg, Bremen) gehörten 1911 mehr als drei Fünftel der Arbeiterschaft freigewerkschaftlichen Verbänden an; in fünf weiteren Städten (Leipzig, Kiel, Chemnitz, Hamburg, München) war mindestens jeder zweite Arbeiter Mitglied eines Verbandes der sozialdemokratischen Gewerkschaftsrichtung, und vier Städte (Frankfurt a. M., Magdeburg, Groß-Berlin, Stettin) wiesen einen Organisationsgrad zwischen 40 und 50 Prozent aus. Der hinter diesen Daten deutlich zurückbleibende Organisationsgrad in Duisburg (9,9 Prozent), Essen (16,0 Prozent) und Dortmund (16,8 Prozent) erklärt sich zum Teil daraus, daß für diese Städte die Mitgliederzahlen des Bergarbeiterverbandes fehlen, der im Ruhrgebiet die Hauptmasse seiner Mitglieder hatte. Zu beachten ist jedoch auch, daß die Unternehmer der Schwereisen- und Kohleindustrie extrem gewerkschaftsfeindlich eingestellt waren und in ihren Großbetrie-

ben keine Gewerkschaften duldeten und daß glaubenstreue katholische Arbeiter sich in den christlichen Verbänden organisierten, die im Ruhrrevier, einer Hochburg des politischen Katholizismus, einen starken Rückhalt besaßen. Die in Tab. 6 zusammengestellten Einzeldaten für die 21 größten deutschen Städte belegen auch das besonders stürmische Gewerkschaftswachstum zwischen 1903 und 1911, das den durch Urbanisierung, Zuwanderung und Eingemeindungen erzielten Bevölkerungszuwachs prozentual weit übertraf¹³.

Für die beiden anderen Dachverbände, die Christlichen Gewerkschaften und die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, liegen leider nur bruchstückhafte Vergleichsdaten vor, die sich für 1911 auf ein Fünftel (Christliche Gewerkschaften) bzw. ein Zehntel (Hirsch-Dunckersche Gewerkvereine) der Gesamtmitgliedschaft beziehen. Daraus geht hervor, daß die christlichen Verbände in Großstädten mit 47 Prozent nicht ganz so hohe Mitgliederanteile wie die Freien Gewerkschaften hatten, hingegen in Orten mit weniger als 5000 Einwohnern ein Fünftel ihrer Mitglieder rekrutierten (Freie Gewerkschaften: 7 Prozent). Die erfaßten Mitglieder der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine verteilten sich zu gut einem Drittel (37,6 Prozent) auf Großstädte; knapp ein Viertel der Mitglieder (23,8 Prozent) wohnte in Mittelstädten mit 20 000 bis 100 000 Einwohnern; in Kleinstädten mit mehr als 5000 Einwohnern lebten 19 Prozent der statistisch zuteilbaren Mitglieder, und in Landstädten und Dörfern betrug der Mitgliederanteil des liberalen Gewerkschaftsverbandes 18,9 Prozent¹⁴. Diese allerdings von einer schmalen Datenbasis ausgehenden Berechnungen weisen darauf hin, daß sich die christlichen und liberalen Richtungsverbände gegen den Konkurrenzdruck der sozialdemokratischen Gewerkschaften um so besser behaupten konnten, je kleiner der Ort war. Ein lästiger Gegner in den Großstädten und hier vor allem in den Großbetrieben erwuchs den Freien Gewerkschaften im letzten Vorkriegsjahrzehnt aber in den Wirtschaftsfriedlichen Verbänden. Diese von den Unternehmern als antigewerkschaftliche Stoßtrupps gegründeten und finanziell geförderten „gelben“ Organisationen zählten 1912 bereits über 180 000 Mitglieder, von denen 60,4 Prozent in Großstädten mit mehr als 100 000 Einwohnern lebten¹⁵.

II

Betrachtet man die regionale Verbreitung der Freien Gewerkschaften in den Bundesstaaten des Deutschen Reiches (s. Tab. 1 und 2), so ist nicht weiter erklärungsbedürftig, daß in Preußen, dem größten Flächenstaat, auch die meisten Gewerkschaftsmitglieder wohnten. In diesem Kernland der Hohenzollernmonarchie, das sich von

¹¹ So Josef Mooser, *Arbeiterleben in Deutschland 1900–1970. Klassenlagen, Kultur und Politik* (Frankfurt am Main 1984) 162.

¹² Berechnet nach Statistik des Deutschen Reichs. Hrsg. vom Kaiserlichen Statistischen Amte, Bd. 211 (Berlin 1913) Übersicht 38, 158*. Erfaßt sind hier die hauptberuflich tätigen Arbeiter und Arbeiterinnen (einschließlich der mithelfenden Familienangehörigen) in den Berufsabteilungen B, C und D. Die Angaben über die Mitgliederzahlen der Freien Gewerkschaften in den einzelnen Ortsgrößenklassen nach: Verbände 1911, Tabellenanhang, 51, Spalte 63.

¹³ Vgl. dazu die Wachstumsraten der Bevölkerung in diesen Städten im Zeitraum zwischen 1890 und 1910: Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1870–1914. Von Gerd Hohorst, Jürgen Kocka und Gerhard A. Ritter (München 1975) 45.

¹⁴ Berechnet nach: Verbände 1911, Tabellenanhang, 51, Spalte 64 u. 65.

¹⁵ Zahlenangaben nach: Verbände 1912, Tabellenanhang, 61, Spalte 64. Zur Entwicklung dieser Organisationen s. Klaus Matthies, *Die Gelben. Nationale Arbeiter zwischen Wirtschaftsfrieden und Streik* (Düsseldorf 1973).

Königsberg im Osten bis nach Saarbrücken im Westen erstreckte, lebten im späten Kaiserreich drei Fünftel der hauptberuflich tätigen Arbeiter und die Hälfte aller freigewerkschaftlichen Mitglieder. In der Rangliste der mitgliederstärksten Bundesstaaten folgten hinter Preußen die beiden Königreiche Sachsen und Bayern, die auch den zweit- bzw. dritthöchsten Arbeiteranteil aufwiesen. Doch hinter diesen beiden Flächenstaaten schloß sich mit Hamburg schon ein Stadtstaat an, der – nimmt man den Arbeiteranteil als Bezugsgröße – erst an neunter Stelle hätte placiert sein dürfen. Hamburg behauptete diese Spitzenstellung als gewerkschaftliches Organisationszentrum vor Württemberg, Thüringen, Baden und Hessen, obwohl in diesen Ländern die Arbeiterquote größer war als in der Hansestadt.

Preußen stand zwar immer auf dem ersten Platz, wenn man die einzelnen Bundesstaaten nach der absoluten Zahl der Gewerkschaftsmitglieder gruppiert, nicht aber, wenn man den gewerkschaftlichen Organisationsgrad als Maßstab wählt. Hier lagen die Hansestädte Bremen, Hamburg und Lübeck stets mit großem Vorsprung vor den Flächenstaaten in Front, während Preußen nie den Reichsdurchschnitt erreichte. Zur Gruppe der gewerkschaftlich am besten organisierten Gebiete zählten immer das Königreich Sachsen und die thüringischen Staaten, also jene mitteldeutschen Territorien, von denen schon in den 1860er Jahren wichtige Anstöße für die Formung der deutschen Arbeiterbewegung ausgegangen waren¹⁶. Der allgemeine Anstieg des gewerkschaftlichen Organisationsgrades im Deutschen Reich, der sich in einem Zeitraum von nur fünfzehn Jahren von 2,0 Prozent (1896) auf 16,3 Prozent (1911) verachtachte, dokumentiert das dynamische Wachstum der Freien Gewerkschaften in der wilhelminischen Ära, wobei allerdings zu beachten ist, daß die Zuwachsraten in den einzelnen Regionen unterschiedlich hoch waren: In den schon in den neunziger Jahren überdurchschnittlich gut organisierten Hansestädten lag die gewerkschaftliche Expansionsquote unter dem Reichsdurchschnitt, während sie in Elsaß-Lothringen, in Anhalt sowie im rechts- und linksrheinischen Bayern diesen Mittelwert deutlich überstieg. Einige Kleinstaaten (Mecklenburg-Strelitz, Lippe, Schaumburg-Lippe, Waldeck), die bereits 1896 die gewerkschaftliche Nachhut gebildet hatten, konnten ihren Organisationsrückstand nicht aufholen und blieben Diasporagebiete. Dies gilt auch für das 1871 vom Kaiserreich annektierte Elsaß-Lothringen trotz der dort besonders hohen gewerkschaftlichen Wachstumsquote.

Faßt man die Bundesstaaten des Deutschen Reiches zu größeren Gebietseinheiten zusammen (s. Tab. 3), so zeigt sich, daß in den neunziger Jahren die Kerngebiete der Freien Gewerkschaften in Nordwestdeutschland, in Mittelnorddeutschland und in Mitteldeutschland lagen. Der Raum zwischen Schleswig-Holstein im Norden und Thüringen im Süden, Braunschweig im Westen und Brandenburg im Osten hob sich als gewerkschaftliche Verdichtungszone von den anderen Reichsteilen deutlich ab und bewahrte seinen Organisationsvorsprung auch über die Jahrhundertwende hinaus. Obwohl in diesem Gebiet nur circa vierzig Prozent der hauptberuflich tätigen Arbeiter

¹⁶ Vgl. dazu jetzt *Toni Offermann*, Die regionale Ausbreitung der frühen deutschen Arbeiterbewegung 1848/49–1860/64, in: GG 13 (1987) 419–447; *Hartmut Zwahr*, Die deutsche Arbeiterbewegung im Länder- und Territorienvergleich 1875, in: ebd. 448–507.

des Deutschen Reiches beschäftigt waren, betrug die freigewerkschaftliche Organisationsquote hier zwischen 60 und 66 Prozent. In West-, Süd- und Ostdeutschland waren die Bezugswerte genau spiegelverkehrt: einem Arbeiteranteil von rund sechzig Prozent stand hier ein Organisationsanteil von etwa vierzig Prozent gegenüber. Einigermassen ausgeglichen wurde der Rückstand im letzten Vorkriegsjahrzehnt lediglich in Süddeutschland, dessen Organisationsanteil 1911 seinem Arbeiteranteil entsprach und dessen gewerkschaftlicher Organisationsgrad fast das Niveau des Reichsdurchschnitts erreichte. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Beobachtung, daß die Freien Gewerkschaften im Zeitraum zwischen 1896 und 1911 in sechs der sieben Regionalbezirke relativ gleichmäßig wuchsen und am Ende der fünfzehnjährigen Zeitspanne dort zehn- bis elfmal soviel Mitglieder hatten wie im Ausgangsjahr 1896. Nur in Nordwestdeutschland war die Wachstumsquote deutlich geringer. Hier verfünffachte sich der Mitgliederbestand der Freien Gewerkschaften zwischen 1896 und 1911, was darauf hinweist, daß in dieser Region bereits vor der Jahrhundertwende ein gewisser Sättigungsgrad erreicht war.

Der Befund, daß die Freien Gewerkschaften in Ostdeutschland (Ostpreußen, Westpreußen, Pommern, Posen und Schlesien) im Wachstumstempo mit den anderen Regionen Schritt halten konnten, ihren Organisationsanteil an der Gesamtbewegung behaupteten und den gewerkschaftlichen Organisationsgrad von 0,7 Prozent (1896) auf 6,5 Prozent (1911) verbesserten, weist auf die Erfolge einer besonders intensiven Mitgliederwerbung hin. Für die Ostprovinzen des Reiches hatte man nämlich schon zu Beginn der neunziger Jahre eigene Agitationskommissionen eingerichtet, deren Arbeit die Generalkommission finanziell und personell unterstützte. In ihren Rechenschaftsberichten wies die Kommission regelmäßig auf die ökonomische Rückständigkeit und das gewerkschaftsfeindliche Sozialklima im Osten Deutschlands hin: „Bei dem Mangel an Versammlungslokalen, der geringen Regsamkeit der von religiösen Anschauungen beeinflussten Bevölkerung, der Furcht vor den Behörden und dem Unternehmertum ist nur eine äußerst geringfügige Zunahme der gewerkschaftlichen Bewegung in diesen Landesteilen zu erwarten. Jeder, auch der kleinste Fortschritt muß mit Freuden begrüßt werden.“¹⁷

Ähnliche Erfahrungen machten auch die Einzelverbände immer wieder, die in den Ostprovinzen um Mitglieder warben. Daß die Situation sich im späten Kaiserreich nicht zugunsten der Gewerkschaften veränderte, veranschaulicht folgende Passage aus dem Rechenschaftsbericht eines Bezirksleiters des Bauarbeiterverbandes für 1911: „In der Provinz Posen fehlt es selbst in unseren Organisationsorten an Versammlungslokalen; sobald wir irgendwo eins erhalten, versucht man, es uns wieder abzutreiben. Verschiedentlich haben wir Lokale gemietet: traurige, ungastliche Löcher für schweres Geld. Während des Winters mußten wir zuweilen bei 20 bis 30 Grad Kälte in schmutzigen, ungeheizten Räumen unsere Verbandsgeschäfte abwickeln. Die Erlangung von Lokalen wird uns noch dadurch erschwert, daß wir nach Möglichkeit dem Schnapsgefluß entgegenwirken, womit die Wirte natürlich sehr unzufrieden sind. Zu den Lokal-

¹⁷ Protokoll der Verhandlungen des 2. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands. Abgehalten zu Berlin vom 4. bis 8. Mai 1896 (Nachdr. Berlin-Bonn 1979) 46.

schwierigkeiten kommen die Drangsalierungen und Schikanen durch die Behörden. Auf Veranlassung des Regierungspräsidenten versucht man in der Provinz Westpreußen, unsere Zweigvereine zu politischen Vereinen zu stempeln. ... Es ist furchtbar schwer, in die der Organisation noch nicht erschlossenen Orte einzudringen. Ist es einmal endlich gelungen, so ist zehn gegen eins zu wetten, daß sich in kürzester Zeit Christen und Polen dort einfinden, um unter Assistenz des Klerus unsere Arbeit zu zerstören.“¹⁸

Da die ostdeutschen Gewerkschaften aufgrund der Binnenwanderung nach Westen auch noch ihre jungen, aktiven Mitglieder verloren, war die in den Ostprovinzen zu leistende organisatorische Alltagsarbeit besonders mühsam. Der ständige Abstrom von Arbeitskräften erschwerte den Aufbau von stabilen Gewerkschaftsstrukturen und machte die bescheidenen Erfolge, die sich erst nach vielen Versammlungen und kostspieligen Werbekampagnen einstellten, oft wieder zunichte. Die Sonderrolle der ostdeutschen Regionalorganisationen als Sammelplatz von abwanderungsbereiten Mitgliedern betonten die Rechenschaftsberichte der Einzelverbände stets mit Nachdruck. So teilte der für Pommern, Posen, Ost- und Westpreußen zuständige Bezirksleiter des Metallarbeiterverbandes mit, allein im zweiten Halbjahr 1903 hätte fast ein Viertel der dort lebenden Verbandsmitglieder „dem Osten den Rücken gekehrt“: „Eine sehr große Zahl von Kollegen tritt der Organisation nur bei, um abreisen zu können, weil sie so erbärmlich wenig verdienen, daß sie ohne Reisegeld überhaupt nicht vorwärts kommen würden.“¹⁹ Und aus Schlesien meldete im gleichen Jahr der dortige Bezirksleiter: „Die Mehrzahl aller Verwaltungsstellen sind Durchgangsstationen. Sobald die Kollegen hier für die Organisation gewonnen und einigermaßen aufgeklärt, sozusagen flügge geworden sind, schnüren sie ihr Bündel und der Zug vom Osten nach dem Westen beginnt. ... Wir stehen hier im Osten auf einem Platz, einem Vorposten, dessen Arbeit zu einem großen Teil anderen Bezirken zugute kommt.“²⁰

Ostdeutschland blieb deshalb eine gewerkschaftlich unterentwickelte Region, in der die städtischen Zahlstellen der Freien Gewerkschaften „gleich Oasen in der Wüste“²¹ emporragten. Dies verdeutlichen auch die für die preußischen Provinzen errechneten Einzeldaten (s. Tab. 4), die nochmals auf die ungleichmäßige regionale Verankerung der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung hinweisen. Diese Daten unterstreichen die überragende Bedeutung der Reichshauptstadt Berlin als Organisationszentrum. Obwohl der Arbeiteranteil in den Provinzen Rheinland, Schlesien, Westfalen, Brandenburg und Sachsen größer war als in Berlin, stand diese Metropole aus organi-

satorischer Perspektive bei allen Erhebungen mit weitem Abstand an der Spitze. In der Reichshauptstadt lebte 1896 knapp ein Fünftel und 1911 mehr als ein Viertel aller auf Preußen entfallenden freigewerkschaftlichen Mitglieder, und der Organisationsgrad der hauptberuflich beschäftigten Arbeiter verzehnfachte sich hier in diesem Zeitraum von fünf auf fünfzig Prozent.

Zur Spitzengruppe der gewerkschaftlich am besten erschlossenen Regionen Preußens gehörten in den neunziger Jahren neben Berlin die Provinzen Hannover, Schleswig-Holstein, Brandenburg und Hessen-Nassau. Erst dann folgten die industriellen Ballungsgebiete in Sachsen, Schlesien, im Rheinland und in Westfalen. Nach der Jahrhundertwende rückten Sachsen, das Rheinland und Westfalen in der Reihe der mitgliederstärksten Provinzen sprunghaft nach oben, wobei allerdings nur in der Provinz Sachsen der Organisationsgrad auch deutlich über den preußischen Landesdurchschnitt anstieg²². Dennoch blieb Preußen aus gewerkschaftlicher Sicht bis zum Kriegsbeginn ein Land der Extreme. Den schwach besetzten Ostprovinzen schloß sich zwischen Spree und Weser ein organisatorisch verdichteter Raum an, dem, je weiter man nach Westen kam, wieder schlechter entwickelte Regionen folgten. Am Westrand Preußens, im Umfeld von Koblenz und Trier sowie im Saargebiet, waren die freigewerkschaftlichen Zahlstellen ähnlich dünn gesät wie in den Ostgebieten.

Ein Vergleich der geographischen Verbreitungsgebiete der verschiedenen Richtungsgewerkschaften läßt sich wegen der lückenhaften Datenlage nur für das Jahr 1903 durchführen (s. Tab. 7). Dabei zeigt sich, daß die Freien Gewerkschaften dem Ziel eines flächendeckenden Organisationsnetzes sich noch am weitesten annäherten: Sie waren nicht nur in allen Bundesstaaten die eindeutig dominierende Gewerkschaftsrichtung, die unter ihrem Dach in der Regel zwischen siebzig und über neunzig Prozent der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter einer Region sammeln konnte; sie waren auch die einzige Gewerkschaftsrichtung, die in jedem Bundesstaat Mitglieder hatte und über Zahlstellen verfügte. Die lokalorganisierten Verbände, seit 1897 unter dem Namen „Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften“ zusammengeschlossen, kamen nie über eine Minderheitsposition hinaus und hatten bereits an der Jahrhundertwende ihren höchsten Mitgliederstand erreicht²³. Ihr regionaler Schwerpunkt lag eindeutig in Preußen und hier vor allem in der Reichshauptstadt Berlin, in der sich 1903 von ihren insgesamt 16 000 Mitgliedern 11 000 konzentrierten. Das Zentrum des gewerkschaftlichen Syndikalismus war das Baugewerbe, insbesondere die Berufsgruppen der Maurer und Zimmerer, bei denen die lokalorientierte Versammlungsbe-
wegung am längsten überlebte. Außerhalb Berlins existierten noch in Königsberg, in

¹⁸ Jahrbuch 1911, hrsg. vom Vorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes (Hamburg 1912) 47.

¹⁹ Der Deutsche Metallarbeiter-Verband im Jahre 1903. Jahr- und Handbuch für Verbandsmitglieder, hrsg. vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (Stuttgart 1904) 77.

²⁰ Ebd. 83, 86. Vgl. zur Wanderungsbilanz in den einzelnen Bezirken des Metallarbeiter-Verbandes Schönhoven, Expansion, 190 ff.

²¹ So der zuständige Bezirksleiter des Metallarbeiter-Verbandes in seinem Rechenschaftsbericht für 1904: zit. nach: Der Deutsche Metallarbeiter-Verband im Jahre 1904. Jahr- und Handbuch für Verbandsmitglieder, hrsg. vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (Stuttgart 1905) 164.

²² Für Westfalen fehlen in der Tab. 4 1911 die Mitgliederzahlen des Bergarbeiterverbandes, weshalb diese Provinz in diesem Jahr deutlich schlechter abschneidet als 1906.

²³ Vgl. zu dieser Gewerkschaftsrichtung, die zu Beginn der neunziger Jahre den freigewerkschaftlichen Weg zur Zentralverbandsbildung nicht mitgegangen war Dirk H. Müller, Gewerkschaftliche Versammlungsdemokratie und Arbeiterdelegierte vor 1918 (Einzeleröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin 49, Berlin 1985).

Sachsen, in Hannover und in Hamburg größere Organisationseinheiten der Lokalistens, die allerdings jeweils nur wenige hundert Mitglieder zählten²⁴.

Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine hatten ihre Hauptstandorte ebenfalls in Preußen, auf dessen Territorium sich mehr als drei Viertel ihrer Gesamtmitgliedschaft sammelte. Stark vertreten waren sie vor allem in Berlin, in Brandenburg, in Schlesien und in der Provinz Sachsen. Relativ viele liberale Gewerkschaftsmitglieder lebten außerdem noch in den Regierungsbezirken Arnberg und Düsseldorf sowie in den Regierungsbezirken Danzig, Marienwerder und Oppeln; in den zuletzt genannten östlichen Distrikten hatte die Hirsch-Dunckersche Richtung 1903 sogar mehr Mitglieder als die Freien Gewerkschaften. Auffallend ist die organisatorische Schwäche des liberalen Dachverbandes in den Hansestädten sowie in Nordwest- und Mitteldeutschland, wo das Übergewicht der Freien Gewerkschaften erdrückend war. In Süddeutschland kamen die Liberalen nur in Baden über den sonst von ihnen erreichten Organisationsanteil von weniger als zehn Prozent deutlich hinaus. Immerhin verfügten die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine über ein weitgespanntes Netz von mehr als 2000 Ortsvereinen, das fast alle Bundesstaaten berührte²⁵.

Die Christlichen Gewerkschaften, die sich im Laufe der neunziger Jahre verbandlich herausgebildet und 1899 eine eigene Dachorganisation gegründet hatten²⁶, waren vor allem in den katholischen Gebietsteilen Preußens fest verankert. Ihre Hochburgen lagen hier im Rheinland und in Westfalen, wo sich vier Fünftel ihrer Gesamtmitgliedschaft konzentrierten, sowie in den Kleinstaaten Lippe und Schaumburg-Lippe. In den preußischen Regierungsbezirken Arnberg, Düsseldorf und Aachen entwickelte sich die christliche Richtung rasch zu einer fast gleichgewichtigen, mancherorts sogar überlegenen Konkurrenzorganisation zu den Freien Gewerkschaften mit besonders starkem Rückhalt im Bergbau, in der Textilindustrie und in der Metallverarbeitung. Dagegen konnte der christliche Dachverband in den protestantisch geprägten Regionen Preußens, in Nordwestdeutschland und in Mitteldeutschland die Vorherrschaft der sozialdemokratischen Richtung nicht gefährden. Hier stieß die christliche Richtung auf keine Resonanz, was ihre enge Bindung an die katholische Konfession trotz des von ihr selbst postulierten interkonfessionellen Charakters belegt. Aber auch in den katholischen Landesteilen des rechtsrheinischen Bayerns, in der Rheinpfalz und in Baden erzielten die christlichen Verbände nur bescheidene Erfolge. Allerdings ist hier auf die Bedeutung der gewerkschaftsähnlichen katholischen Arbeitervereine hinzuweisen, deren Domäne agrarisch strukturierte Gegenden waren, in denen starke Kirchenbindungen und ein tief verwurzeltes religiöses Traditionsbewußtsein für die

²⁴ Vgl. dazu die Angaben bei *Troeltsch/Hirschfeld*, 78 ff. Auf andere lokalbezogene Organisationen kann hier nicht eingegangen werden; vgl. als Fallstudie *Rudolf Boch*, *Handwerker-Sozialisten gegen Fabrikgesellschaft. Lokale Fachvereine, Massengewerkschaft und industrielle Rationalisierung in Solingen 1870–1914* (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 67, Göttingen 1985).

²⁵ Zu den beruflichen Schwerpunkten, die vor allem im Maschinenbau und der Metallverarbeitung lagen, und zur regionalen Verbreitung der liberalen Einzelverbände s. *Troeltsch/Hirschfeld*, 81 ff.

²⁶ Vgl. dazu *Michael Schneider*, *Die Christlichen Gewerkschaften 1894–1933* (Bonn 1982).

sozialdemokratischen Gewerkschaften nahezu unübersteigbare Barrieren aufrichteten²⁷.

Als Fazit des Länder- und Regionalvergleichs lassen sich folgende Feststellungen treffen: Nach dem Fall des Sozialistengesetzes im Herbst 1890 bauten die unter dem Dach der Generalkommission reorganisierten Freien Gewerkschaften im Deutschen Reich ihre Hegemonie immer weiter aus, die nur regional oder lokal – beispielsweise im Ruhrrevier – von den anderen Richtungsgewerkschaften bedroht war. Mit der Mitgliederexpansion der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung konnten ihre christlichen und liberalen Konkurrenten nicht Schritt halten, deren Einfluß in einzelnen Branchen und Berufen jedoch nicht unterschätzt werden darf. Das schnelle, durch konjunkturelle Stagnationsphasen nur kurzfristig verlangsamte Wachstum der Freien Gewerkschaften im Vierteljahrhundert vor dem Ersten Weltkrieg führte zu einer homogenen Verteilung ihrer Mitglieder über das ganze Reichsgebiet. So konnte das noch 1903 deutlich ausgeprägte Nord-Süd-Gefälle abgeflacht werden, wozu bis 1906 vor allem die Mitgliedererfolge in Hessen, Baden und Bayern, ab 1906 auch die in Württemberg, beitrugen. Die überdurchschnittlichen Zugewinne der Freien Gewerkschaften im Königreich Sachsen, die sich unter liberalisierten vereinsrechtlichen Rahmenbedingungen und auf einem höheren Industrialisierungsniveau vollzogen, ließen diesen Bundesstaat die alte Bedeutung zurückgewinnen, die er bereits in den 1860er Jahren für die sozialdemokratische Arbeiterbewegung besessen hatte. Alle drei Richtungsgewerkschaften hatten in Preußen ihr mit Abstand größtes Mitgliederreservoir, ihre geographischen Schwerpunkte waren jedoch nicht deckungsgleich. Nicht einebnen ließen sich die regionalen Niveauunterschiede im preußischen Staatsgebiet, in dem die Ostprovinzen und die Gebietsteile an der Westgrenze des Reiches als gewerkschaftliche Diasporagebiete bestehen blieben. Kernzonen der Freien Gewerkschaften waren in allen Bundesstaaten die großstädtischen Ballungsräume, wie die Organisationsquoten in den Hansestädten oder in Berlin belegen. Darüber sollte man aber nicht vergessen, daß 1913 fast 45 Prozent der freigewerkschaftlichen Mitglieder nicht in Großstädten lebten. Das war zweifellos ein Erfolg der intensiven Werbearbeit der einzelnen Verbände in den Mittel- und Kleinstädten sowie in den ländlichen Gemeinden. Den systematischen Ausbau der lokalen Stützpunkte dokumentierte auch der schnelle Anstieg der örtlichen Gewerkschaftskartelle, deren Gesamtzahl von 353 (1901) auf 820 (1914) anwuchs²⁸. Entscheidend gefördert wurde die flächenmäßige Ausdehnung der Freien Gewerkschaften durch die Professionalisierung der Verwaltung in den verschiedenen Industrie- und Berufsverbänden²⁹. So wuchs die Zahl der Gewerkschaftsfunktionäre zwischen 1898 und 1914 fünfmal so schnell wie die Zahl

²⁷ Vgl. hierzu *Hans Dieter Denk*, *Die christliche Arbeiterbewegung in Bayern bis zum Ersten Weltkrieg* (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte 29, Mainz 1980). Der Verband Süddeutscher Katholischer Arbeitervereine hatte beispielsweise 1912 im Königreich Bayern 694 Zweigvereine mit rund 59 000 Mitgliedern.

²⁸ Vgl. dazu die Tabelle bei *Dieter Fricke*, *Die deutsche Arbeiterbewegung 1869 bis 1914. Ein Handbuch über ihre Organisation und Tätigkeit im Klassenkampf* (Berlin 1976) 695. Dort auch Angaben zu den Organisationsaufgaben der lokalen Gewerkschaftskartelle.

²⁹ Vgl. ausführlich *Schönhoven*, *Expansion*, 221 ff.

der Mitglieder. Dies erlaubte es den Einzelorganisationen, ihre Verwaltungsinstanzen zu dezentralisieren und planmäßig regionale Führungsstäbe für die Mitgliederwerbung und die Mitgliederbetreuung einzurichten.

III

Die Gesamtzahl der freigewerkschaftlichen Zentralverbände veränderte sich zwischen 1890 und 1914 ständig. Sie stieg von 52 (1890) auf 66 (1906) Verbände an und verringerte sich in den folgenden Jahren bis zum Kriegsbeginn wieder auf 47 Verbände. Diese permanente Verschiebung des freigewerkschaftlichen Verbandsgefüges, ausgelöst durch Neugründungen oder durch die Verschmelzung berufsverwandter Organisationen zu Branchen- und Industrieverbänden³⁰, macht einen Vergleich der regionalen Verbreitungsgebiete der einzelnen Organisationen über einen größeren Zeitraum hinweg fast unmöglich. Da außerdem in den Monographien von Troeltsch und Hirschfeld die geographische Verteilung der freigewerkschaftlichen Einzelverbände für die Jahre zwischen 1896 und 1906 bereits minutiös analysiert worden ist³¹, können sich die folgenden Ausführungen auf die Zusammenfassung dieser Ergebnisse und einen Branchenvergleich für das Jahr 1911 beschränken.

Das regionale Gewicht der einzelnen Verbände in den Bundesstaaten hing natürlich von der Wirtschaftsstruktur dieser Gebiete ab. Im Extremfall konnte ein Verband – z. B. der Bergarbeiterverband in Westfalen – eine übermächtige gewerkschaftliche Monokultur in einer Region aufbauen, die sich dann im Positiven wie im Negativen auf die Entwicklung anderer Gewerkschaften auswirkte. So hatten die verheerenden Streikniederlagen der Bergarbeiter zu Beginn der 1890er Jahre eine zerstörerische Sogwirkung für die gesamte Gewerkschaftsbewegung im Ruhrgebiet, die fast völlig zusammenbrach. Klammert man rohstoff- und produktionsbedingte regionale Sondersituationen aus, dann zeichnete sich bis 1903 ein unterschiedlicher Verbreitungsgrad der freigewerkschaftlichen Branchenorganisationen ab, der mit den gewerbestrukturellen Ausgangsbedingungen in den einzelnen Bundesstaaten allein nicht erklärt werden kann.

Die Verbände der Baubranche waren in Norddeutschland sehr viel besser verankert als in Süd- oder Mitteldeutschland, obwohl es auch in diesen Gebieten eine große Zahl von Maurern, Zimmerern oder Bauhilfsarbeitern gab. Das organisatorische Übergewicht des Nordens ist für diese Branche hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß die Vorstandssitze der Bauverbände sich in Hamburg angesiedelt hatten und zunächst ihr Hauptaugenmerk auf die gewerkschaftliche Erschließung des Umfelds dieser Stadt richteten. Das gleiche gilt für den Fabrikarbeiterverband, dessen Stammsitz Hannover

³⁰ Vgl. ebd. 331–376.

³¹ Die Hauptteile der Werke von *Troeltsch/Hirschfeld* und *Hirschfeld* konzentrieren sich auf eine ausführliche, tabellarisch breit untermauerte Darstellung der geographischen Ausbreitung der freigewerkschaftlichen Verbände: *Troeltsch/Hirschfeld*, 93–298, 106–147; *Hirschfeld*, 13–146, 4–203.

war und der bis 1903 vor allem in Nordwestdeutschland starke Mitgliederkader aufbaute. Der Metallarbeiterverband war der dominante Gewerkschaftsverband in Bayern, Baden und Berlin, wobei ihm in den beiden süddeutschen Staaten zugute kam, daß die anderen Gewerkschaftsorganisationen diese Region in den neunziger Jahren vernachlässigt hatten. Der zweite große Industrieverband, der Holzarbeiterverband, hatte seine Organisationsschwerpunkte in Württemberg, in Hessen und Bayern, drei Ländern mit einer Vielzahl von holzverarbeitenden Betrieben. Relativ ausgewogen war die regionale Verteilung des Buchdruckerverbandes, der als Organisation hochqualifizierter Facharbeiter über die besten Voraussetzungen zur flächendeckenden Stabilisierung verfügte. Auch der Schneiderverband hatte in allen Bundesstaaten Organisationszentren, während der Schuhmacherverband – ähnlich wie die Bergarbeiter, Hafenarbeiter, Schiffszimmerer oder Werftarbeiter – einen produktionsbedingten regionalen Schwerpunkt besaß. In seinem Fall war das die Rheinpfalz, insbesondere der Raum Pirmasens, in dem sich die deutsche Schuhindustrie konzentrierte.

Ein typischer Großstadtverband blieb bis 1903 der Verband der Buchdruckereihilfsarbeiter, von dessen Mitgliedern 99,1 Prozent in Orten mit mehr als 100 000 Einwohnern lebten. Mehr als vier Fünftel der Mitglieder der Verbände der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter, der Konditoren, der Buchbinder, der Gemeindearbeiter und der Gastwirtsgehilfen waren ebenfalls in Großstädten registriert, wobei zu berücksichtigen ist, daß auch die von diesen Verbänden umworbenen Berufsgruppen zu vierzig bis fünfzig Prozent aus Großstädten kamen. Einen ausgesprochen mittelstädtischen Charakter wiesen die Verbände der Handschuhmacher, der Hutmacher, der Schuhmacher und der Werftarbeiter auf, die alle in Orten mit 20 000 bis 100 000 Einwohnern stark vertreten waren und in Großstädten weniger als fünfzig Prozent ihrer Mitglieder organisierten. Auf Schwerpunkte in dörflichen Regionen stützten sich die Glasarbeiter, die Porzellanarbeiter, die Bergarbeiter und die Steinarbeiter. Auch hier bestand ein enger Zusammenhang zwischen Arbeitsplatz und gewerkschaftlicher Verbandsstruktur, weil die Hälfte bis drei Viertel der Berufsangehörigen der genannten Verbände in Orten mit weniger als 5000 Einwohnern arbeiteten.

An der Aufwärtsentwicklung der Freien Gewerkschaften zwischen 1903 und 1906 partizipierten alle Einzelgewerkschaften, wenn auch mit unterschiedlich hohen Zuwachsraten. Die gute Konjunkturlage der Wirtschaft wirkte sich positiv auf die Verbandsentwicklung aus. Als generellen Trend kann man feststellen, daß sich nun die Einzelgewerkschaften intensiv bemühten, ihre Diasporagebiete zu erschließen, wobei neben den konjunkturellen Faktoren vor allem die im Zuge der Organisationsreform eingeleiteten Maßnahmen zum Mitgliedererwerb beitrugen. Die Einteilung des Reichsgebiets in Agitationsbezirke und Gaue, der Aufbau regionaler Verwaltungsinstanzen, die Anstellung hauptamtlicher Funktionäre und die Erweiterung der gewerkschaftlichen Unterstützungssysteme in den Versicherungszweigen der solidarischen Unfall-, Krankheits- und Arbeitslosenhilfe³² gaben entscheidende Impulse für den

³² Vgl. zur Entwicklung der einzelnen gewerkschaftlichen Kasseneinrichtungen *Klaus Schönhoven*, Selbsthilfe als Form von Solidarität. Das gewerkschaftliche Unterstützungswesen im Deutschen Kaiserreich bis 1914, in: AfS 20 (1980) 147–193.

Mitgliederaufschwung der Gewerkschaften und zur regionalen Ausdehnung ihres Organisationsgefüges.

Besonders große Fortschritte machten Verbände, die ungelernete und angelernte Arbeiter organisierten, weil hier noch der größte gewerkschaftliche Nachholbedarf bestand. Namentlich waren das der Fabrikarbeiterverband, der nun in Bayern fester Fuß faßte, der Gemeindearbeiterverband, der zu seinen alten Hochburgen Hamburg und Berlin die sächsischen Großstädte Leipzig und Dresden als Organisationszentren hinzugewann, sowie der Bauarbeiterverband, der seinen Mitgliederanteil im Königreich Sachsen verdreifachte und in Bayern sogar fast verzwanzigfachte. Der Metallarbeiterverband baute seine Spitzenstellung als größter freigewerkschaftlicher Einzelverband weiter aus und hatte nun seine Schwerpunkte in den Industriegebieten im Rheinland, im Königreich Sachsen, in Berlin und in Bayern, wo zusammen über fünfzig Prozent der Verbandsmitglieder registriert waren. Im gleichen Zeitraum von 1903 bis 1906 verdoppelte der Transportarbeiterverband seinen Mitgliederbestand; er profitierte vor allem vom Anschluß Berliner Lokalgewerkschaften, die bis dahin keinem Dachverband angehört hatten.

Einen Eindruck von der regionalen Verankerung der Freien Gewerkschaften in den verschiedenen Branchen vermittelt für das Jahr 1911 die Tabelle 8. Nicht aufgenommen werden konnte in diese Übersicht der Bergbau, weil vom freigewerkschaftlichen Bergarbeiterverband keine Mitgliederangaben für die einzelnen Bundesstaaten überliefert sind. Dieser 1889/90 während der großen Bergarbeiterstreiks entstandene „Alte Verband“ hatte 1911 insgesamt 121 000 Mitglieder, von denen die Hälfte in Westfalen organisiert war. Weitere regionale Zentren des freigewerkschaftlichen Verbandes bestanden in Mitteldeutschland (Magdeburg, Halle, Zeiß, Altenburg), im ober-schlesischen Kohlerevier und im Königreich Sachsen, wo zusammen ein Viertel der Gesamtmitgliedschaft arbeitete. Das verbleibende Viertel der Mitgliedschaft verteilte sich auf das Saarland und die linksrheinischen Reviere, auf den Raum Braunschweig-Hannover und auf Bayern³³. Die Organisationsquote im Bergbau läßt sich nicht exakt berechnen, weil in der Reichsstatistik die Beschäftigten der Berg- und Hüttenindustrie zusammengefaßt sind. Legt man diese zu hohe Zahl – rund 900 000 Beschäftigte (1907) – zugrunde, so betrug der freigewerkschaftliche Organisationsgrad im Bergbau 13,4 Prozent. In der Rangliste der Branchen lag der Bergarbeiterverband damit erst an elfter Stelle hinter dem Textilarbeiterverband und vor den Berufsverbänden in der Industrie der Steine und Erden.

Neben dem Bergarbeiterverband konnten in der Branchenübersicht zwölf weitere Verbände nicht berücksichtigt werden. Der Fabrikarbeiterverband, der seine Mitglieder in über hundert verschiedenen Berufsgruppen rekrutierte, läßt sich einer bestimmten Branche ebensowenig zuordnen wie der Gemeindearbeiterverband, in dem überwiegend städtische Arbeiter mit verschiedensten Tätigkeitsfeldern organisiert waren. Ansonsten fehlen regionale Angaben für eine Reihe von kleinen Verbänden (Büroan-

gestellte, Friseur, Gärtner, Handlungsgehilfen, Lagerhalter, Maschinisten und Heizer, Steinsetzer, Zivilmusiker, Hausangestellte, Landarbeiter). Den einzelnen Branchen und Bundesstaaten ließen sich jedoch über vier Fünftel der Gesamtmitgliedschaft der Freien Gewerkschaften zuordnen, so daß die hieraus erstellten Daten ein repräsentatives Bild vermitteln.

Ihren mit Abstand besten Organisationsgrad erzielten die Freien Gewerkschaften im Polygraphischen Gewerbe, in dem drei Fünftel der Beschäftigten einem sozialdemokratisch orientierten Gewerkschaftsverband angehörten. In dieser Branche waren mit dem Buchdruckerverband und den Verbänden der Notensteher, der Lithographen und der Xylographen mehrere traditionsreiche Organisationen vertreten, die schon im 19. Jahrhundert zu den Pionieren der Gewerkschaftsbewegung gehört hatten. Hinzu kam der Verband der Buchdruckereihilfsarbeiter, der ausschließlich ungelernete Arbeiter aufnahm, weil ihnen der Eintritt in die Fachverbände der hochqualifizierten Gesellen versperrt blieb. In der Druckindustrie war überall im Reich – klammert man die Kleinstaaten Lippe, Schaumburg-Lippe und Waldeck aus – mehr als die Hälfte der Beschäftigten freigewerkschaftlich organisiert, wobei Hamburg, Lübeck, das rechtsrheinische Bayern und Württemberg deutlich über dem Reichsdurchschnitt von 61,3 Prozent lagen.

Den zweitbesten Organisationsgrad wies die Holzindustrie mit 34,6 Prozent auf, in der neben dem Industrieverband der Holzarbeiter noch die relativ kleinen Verbände der Bildhauer und Böttcher bestanden. Auch hier lagen mit Bremen und Hamburg zwei Stadtstaaten an der Spitze der am besten organisierten Bundesstaaten. Ihnen schlossen sich das Königreich Sachsen, Lübeck, die Thüringischen Staaten und Braunschweig mit Organisationsquoten von über vierzig Prozent an. In Preußen wohnte zwar fast die Hälfte der Verbandsangehörigen, doch blieb hier der Organisationsgrad unter dem Reichsdurchschnitt. Auch in der Metallindustrie, in der die Freien Gewerkschaften mit 32 Prozent ihre drittbeste Organisationsquote erzielten, dominierte ein Industrieverband, nämlich der Deutsche Metallarbeiter-Verband, neben dem die Berufsverbände der Kupferschmiede, der Schiffszimmerer und der Schmiede nur ein Schattendasein führten. Hier ragten die drei Hansestädte als Organisationszentren deutlich heraus, denen sich die Flächenstaaten Sachsen, Braunschweig und Bayern mit großem Abstand anschlossen. Die Organisationsquote in der Metallindustrie wäre allerdings geringer, wenn man die Hüttenarbeiter dieser Branche zurechnen könnte, die ebenfalls zum Einzugsgebiet des Metallarbeiterverbandes gehörten. Da die Gewerkschaften in den Großbetrieben der Schwereisenindustrie kaum Fuß fassen konnten³⁴, würde sich dann der Organisationsgrad namentlich in Preußen ungünstiger darstellen, weil hier in den Großkonzernen im Rheinland, in Westfalen und im Saarland eine gewerkschaftsfeindliche Unternehmerkaste die Beschäftigten patriarchalisch disziplinierte.

³⁴ Vgl. dazu Elisabeth Domansky-Davidsohn, Der Großbetrieb als Organisationsproblem des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes vor dem Ersten Weltkrieg, in: Arbeiterbewegung und industrieller Wandel. Studien zu gewerkschaftlichen Organisationsproblemen im Reich und an der Ruhr, hrsg. von Hans Mommsen (Wuppertal 1980) 95–116; vgl. auch Schönhoven, Expansion, 43 ff.

³³ Angaben zur regionalen Verteilung der Mitglieder nach dem Geschäftsbericht des Bergarbeiterverbandes für 1916, 66. Diese Angaben, die Klaus Tenfelde freundlicherweise zur Verfügung stellte, beziehen sich auf das Jahr 1913.

Zwanzig bis dreißig Prozent der Beschäftigten waren in der Bauindustrie, der Lederindustrie und im Handels- und Transportgewerbe freigewerkschaftlich gebunden. In diesen Branchen bestanden neben zwei mitgliederstarken Großverbänden (Bauarbeiterverband, Transportarbeiterverband) eine Vielzahl von berufsorientierten Kleinverbänden, die schon aus finanziellen Gründen nicht dazu in der Lage waren, reichsweit eine intensive Mitgliederbetreuung aufzubauen. Die regionalen Schwerpunkte der Freien Gewerkschaften konzentrierten sich in diesen beiden Branchen ebenfalls auf die Hansestädte und auf das Königreich Sachsen sowie – im Falle der Lederindustrie – auf Württemberg. Da in beiden Gewerbesektoren mindestens zwei Fünftel der Beschäftigten ungelernete Lohnarbeiter waren, fanden die Gewerkschaften hier sehr viel schwierigere Organisationsbedingungen vor als in den Facharbeiterberufen der Druckindustrie. Diese Feststellung gilt auch für die Papierindustrie, die mit 75 Prozent den größten Hilfsarbeiteranteil aller Branchen aufwies. Dennoch erzielte der für diese Branche zuständige Buchbinderverband in den Hansestädten, in Bayern und in Sachsen eine Organisationsquote von über zwanzig Prozent. Dagegen war der Organisationsgrad in der Bekleidungsindustrie, in der über vier Fünftel der Beschäftigten gelernte Facharbeiter waren, überraschend schlecht. Allerdings muß man berücksichtigen, daß die Verbände der Blumenarbeiter, der Hutmacher, der Kürschner, der Schneider und der Schuhmacher ihre Mitglieder überwiegend in Klein- und Mittelbetrieben werben mußten, in denen handwerkliche Aufstiegsorientierung, die Bindung an den Haushalt des Meisters und überlange Arbeitszeiten die gewerkschaftliche Orientierung erschwerten. Hamburg und das linksrheinische Bayern als Zentrum der Schuhindustrie wiesen in dieser Branche die beste Organisation auf.

Fast identisch war der Organisationsgrad in der Nahrungsmittelindustrie, in der ähnliche gewerbestrukturelle Verhältnisse wie in der Bekleidungsindustrie vorherrschten und die freigewerkschaftlichen Berufsverbände (Bäcker und Konditoren, Brauerei- und Mühlenarbeiter, Fleischer, Tabakarbeiter, Zigarrensortierer) eine sehr heterogene und oft über das ganze Reichsgebiet verstreute Arbeiterschaft organisieren mußten, was ihnen wiederum in den Hansestädten sowie in Waldeck und im Königreich Sachsen am besten gelang. Zentren der Textilindustrie – sie wies einen freigewerkschaftlichen Organisationsgrad von 15,5 Prozent auf – waren Preußen und das Königreich Sachsen. Der hohe Anteil von ungelerten weiblichen Beschäftigten in den Betrieben, aber auch die weite Verbreitung von heimindustriellen Produktionsstätten erschwerten in dieser Branche das Wachstum des Textilarbeiterverbandes, der in Hamburg, Bremen und Braunschweig seine besten Organisationsquoten erreichte.

Am Ende der Branchentabelle standen 1911 der Industriezweig der Steine und Erden sowie die Gastronomie, die es beide nur auf einen Organisationsgrad von weniger als zehn Prozent brachten. In diesen Branchen war der Anteil der Ungelernten mit 72 bzw. 65,7 Prozent nach der Papierindustrie am höchsten. Außerdem wurde hier die gewerkschaftliche Arbeit erschwert, weil die Produktionsstandorte in ländlichen Gebieten lagen (Glasarbeiter, Porzellanarbeiter, Steinarbeiter) oder eine Berufsgruppe organisiert werden mußte (Gastwirtsgehilfen), die sich auf viele kleine Betriebe verstreute, oft noch im Kost- und Logiszwang lebte und besonders wenig verdiente. Der Verband der Gastwirtsgehilfen konnte deshalb nur in Städten größere Zahlstellen auf-

bauen, während die Verbände der Steinindustrie in den Hansestaaten und in den regionalen Zentren dieser Branche (Thüringische Staaten, Bayern, Sachsen, Lippe) ihren besten Organisationsgrad erreichten.

Zum Vorderfeld der Bundesstaaten, die in den einzelnen Branchen den höchsten gewerkschaftlichen Organisationsgrad aufwiesen, gehörten fast immer die drei Hansestädte. Bremen ist in dieser Rangliste für alle zwölf Branchen vertreten, Hamburg elfmal (es fehlt die Lederindustrie) und Lübeck neunmal (ohne Industrie der Steine und Erden, Textilindustrie, Lederindustrie). Spitzenpositionen besetzte außerdem das Königreich Sachsen, das sich in elf der zwölf Branchen in die Gruppe der sechs Bundesstaaten mit der höchsten sektoralen Organisationsquote einreichte und lediglich in der Druckindustrie schlechter abschnitt. Ihm folgten das Königreich Bayern mit acht sowie die Thüringischen Staaten und Württemberg mit jeweils sechs Nennungen. Preußen findet sich in dieser Rangliste nur einmal, nämlich für den Gewerbebezweig der Gastronomie. Diese Auswertung bestätigt die bereits an anderer Stelle getroffenen Feststellungen: Unter den Bundesstaaten des Deutschen Reiches ragten die Hansestädte hervor, wenn man von der gewerkschaftlichen Organisationsquote ausgeht. Sie wiesen außerdem eine relativ homogene Gewerkschaftsstruktur in allen Branchen auf. Hinter den drei Stadtstaaten folgten die alten Hochburgen der Arbeiterbewegung im Königreich Sachsen, an die im späten Kaiserreich in einzelnen Branchen auch Bayern und Württemberg Anschluß fanden. Preußen war das Land, in dem zwar in elf Branchen die meisten Gewerkschaftsmitglieder lebten (nur in der Textilindustrie lag das Königreich Sachsen knapp vor Preußen an der Spitze), aber die Ausdehnung dieses Flächenstaates, der sich über fast zwei Drittel des Reichsgebiets erstreckte, konfrontierte die Freien Gewerkschaften mit einer Fülle von regionalen Sonderproblemen, die sie organisatorisch nicht alle bewältigen konnten.

IV

Auf die Entwicklung seit dem Beginn des Ersten Weltkrieges kann nur noch mit wenigen Bemerkungen eingegangen werden. Während des Krieges mußten alle freigewerkschaftlichen Verbände zunächst drastische Mitgliederverluste hinnehmen, für die Einberufungen zum Militärdienst, die hohe Arbeitslosigkeit in den nicht kriegswichtigen Branchen und die Umstrukturierung des Arbeitsmarktes zugunsten der Rüstungsproduktion verantwortlich waren. Nach der Verabschiedung des Hilfsdienstgesetzes im Dezember 1916, das den Gewerkschaften die lang geforderte staatliche Anerkennung einbrachte, erholten sich die Verbände wieder vom Aderlaß der beiden ersten Kriegsjahre. Ende 1918 hatten die Freien Gewerkschaften in etwa die gleiche Mitgliederzahl wie im letzten Friedensjahr (s. Tab. 1). Zu diesem Zeitpunkt standen sie mitten im gewaltigsten Aufschwung in ihrer Geschichte, der 1920 seinen Gipfelpunkt erreichte, als die drei Richtungsgewerkschaften 9,3 Millionen Erwerbstätige organisierten, von denen über 85 Prozent dem ADGB angehörten. Diesem explosionsartigen Mitgliederanstieg folgte bereits in den frühen zwanziger Jahren eine zunächst langsame, in der Inflationszeit immer schneller werdende Talfahrt, in deren Verlauf der

ADGB bis Ende 1924 vier Millionen Mitglieder wieder verlor. Der Aufschwung in der Revolutionszeit, an dem die Landarbeiter und die Eisenbahnarbeiter, zwei im Kaiserreich faktisch einem Koalitionsverbot unterworfenen Arbeitergruppen, maßgeblich beteiligt waren, und der Abschwung in der Inflationsperiode enthüllten die Möglichkeiten und die Grenzen der Gewerkschaften als freiwillige Selbsthilfeorganisationen von Lohnabhängigen.

Tabelle 1: Regionale Ausbreitung der Freien Gewerkschaften im Deutschen Reich 1896–1918

		1896	1900	1903	1906	1911	1912	1913	1918
Preußen	a	111 392	283 874	432 485	803 507	1 101 414	1 166 486	1 141 482	1 592 215
	b	50,0	52,0	56,4	55,5	48,2	48,0	48,0	59,1
Bayern r. Rh.	a	20 525	42 662	47 703	110 695	216 334	221 251	211 153	198 980
	b	9,2	7,8	6,2	7,6	9,5	9,1	8,9	7,4
Bayern l. Rh.	a	1 673	6 354	9 917	17 367	22 635	24 119	24 634	24 946
	b	0,8	1,2	1,3	1,2	1,0	1,0	1,0	0,9
Sachsen	a	29 706	71 350	94 514	201 808	362 127	389 805	387 770	354 408
	b	13,3	13,1	12,3	14,0	15,8	16,0	16,3	13,1
Württemberg	a	7 291	17 123	19 968	34 851	83 316	91 702	81 424	86 497
	b	3,3	3,1	2,6	2,4	3,6	3,7	3,4	3,2
Baden	a	6 264	11 380	13 590	37 105	62 928	66 441	68 197	61 880
	b	2,8	2,1	1,8	2,6	2,8	2,7	2,9	2,3
Hessen	a	3 810	15 817	14 407	30 147	39 751	45 275	44 868	45 733
	b	1,7	2,9	1,9	2,1	1,7	1,9	1,9	1,7
Mecklenburg-Schwerin	a	3 091	4 110	6 881	9 854	18 166	20 256	19 182	17 729
	b	1,4	0,8	0,9	0,7	0,8	0,8	0,8	0,6
Mecklenburg-Strelitz	a	261	712	1 080	1 777	2 162	2 096	2 013	1 433
	b	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Thüringische Staaten	a	10 644	21 586	24 523	45 824	78 880	85 563	88 881	68 872
	b	4,8	4,0	3,2	3,2	3,5	3,5	3,8	2,5
Oldenburg	a	1 198	2 144	3 116	5 867	9 338	11 222	9 960	13 008
	b	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,5
Braunschweig	a	2 399	5 568	9 894	12 981	24 169	26 232	26 168	23 303
	b	1,1	1,0	1,3	0,9	1,1	1,1	1,1	0,8
Anhalt	a	935	4 588	5 168	7 551	14 073	15 764	16 836	14 960
	b	0,4	0,8	0,7	0,5	0,6	0,6	0,7	0,6
Lippe und Schaumburg-Lippe	a	270	556	1 939	1 697	2 597	2 680	2 869	2 401
	b	0,1	0,1	0,3	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Waldeck	a	–	–	67	131	607	498	421	386
	b	–	–	–	–	–	–	–	–

		1896	1900	1903	1906	1911	1912	1913	1918
Lübeck	a	1 898	5 184	6 417	7 780	12 721	13 362	14 087	15 655
	b	0,9	0,9	0,8	0,5	0,6	0,6	0,6	0,6
Bremen	a	4 764	10 175	18 259	25 752	48 113	55 191	54 611	44 498
	b	2,1	1,9	2,4	1,8	2,1	2,3	2,3	1,7
Hamburg	a	11 799	35 117	46 242	68 146	133 423	146 266	137 022	116 339
	b	5,3	6,4	6,0	4,7	5,8	6,0	5,8	4,3
Elsaß-Lothringen	a	1 022	2 190	3 835	10 836	23 236	25 969	27 702	5 149
	b	0,5	0,4	0,5	0,7	1,0	1,1	1,2	0,2
Einzelmitglieder	a	3 866	5 406	6 656	12 853	29 543	22 282	17 372	9 273
	b	1,7	1,0	0,9	0,9	1,3	1,0	0,7	0,3
Gesamtzahl der erfaßten Mitglieder		222 808	545 896	766 661	1 446 529	2 285 533	2 432 460	2 376 647	2 695 665

a = Mitgliederzahl

b = Prozentualer Anteil an der Gesamtmitgliedschaft im Deutschen Reich

Quellen: Für die Jahre 1896 bis 1903 berechnet nach *Troeltsch/Hirschfeld*, S. 16 u. Tabellenanhang, S. 3*–20*; für das Jahr 1906 berechnet nach *Hirschfeld*, S. 14; für die Jahre 1911 bis 1918 berechnet nach Verbände 1911, Tabellenanhang, S. 47, Spalte 66; Verbände 1912, Tabellenanhang, S. 57, Spalte 64; Verbände 1913, Tabellenanhang, S. 59, Spalte 58; Verbände 1918, Tabellenanhang, S. 56, Spalte 47. Legt man die von der Generalkommission der Freien Gewerkschaften jährlich publizierten Mitgliederstatistiken zugrunde, so erfaßten *Troeltsch/Hirschfeld* in ihren Erhebungen 1896 67,7 Prozent, 1900 80,2 Prozent, 1903 86,4 Prozent und 1906 85,6 Prozent der im Jahresdurchschnitt organisierten Mitglieder. Das Kaiserliche Statistische Amt konnte 1911 98,5 Prozent des Mitgliederbestandes erfassen; 1912 betrug die Erfassungsquote 96,1 Prozent und 1913 93,2 Prozent; 1918 betrug die Erfassungsquote 94,3 Prozent.

Tabelle 2: Regionaler Organisationsgrad der Freien Gewerkschaften im Deutschen Reich 1896–1911

	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Preußen	6 779 634	60,6	1,6	4,2	8 782 360	62,6	4,9	9,1	12,5
Bayern r. Rh.	1 174 358	10,5	1,7	3,6	1 106 973	7,9	4,3	10,0	19,5
Bayern l. Rh.	151 421	1,4	1,1	4,2	166 584	1,2	6,0	10,4	13,6
Sachsen	963 678	8,6	3,1	7,4	1 262 636	9,0	7,5	16,0	28,7
Württemberg	344 513	3,1	2,1	5,0	452 653	3,2	4,4	7,7	18,4
Baden	319 112	2,9	2,0	3,6	423 886	3,0	3,2	8,8	14,8
Hessen	190 480	1,7	2,0	8,3	240 075	1,7	6,0	12,6	16,6
Mecklenburg-Schwerin	148 583	1,3	2,1	2,8	158 910	1,2	4,3	6,2	11,4
Mecklenburg-Strelitz	26 220	0,2	1,0	2,7	28 529	0,2	3,8	6,2	7,6
Thüring. Staaten	284 737	2,5	3,7	7,6	361 701	2,6	6,8	12,7	21,8
Oldenburg	65 266	0,6	1,8	3,3	86 326	0,6	3,6	6,8	10,6
Braunschweig	105 769	0,9	2,3	5,3	128 189	0,9	7,7	10,1	18,9
Anhalt	68 910	0,6	1,4	6,7	83 055	0,6	6,2	9,1	16,9
Lippe und Schaumburg-Lippe	28 066	0,3	1,0	2,0	34 871	0,2	5,6	4,9	7,4
Waldeck	9 801	0,1	–	–	12 658	0,1	0,5	1,0	4,8
Lübeck	18 466	0,2	10,3	28,1	27 480	0,2	23,4	28,3	46,3
Bremen	45 385	0,4	10,5	22,4	67 228	0,5	27,2	38,3	71,6
Hamburg	153 987	1,4	7,7	22,8	222 472	1,6	20,8	30,6	60,0
Elsaß-Lothringen	301 072	2,7	0,3	0,7	373 347	2,7	1,0	2,9	6,2
Reichsgebiet	11 179 458	100,0	2,0	4,9	14 019 933	100,0	5,5	10,3	16,3

1 = Hauptberuflich tätige Arbeiter und Arbeiterinnen im Jahre 1895 in den Berufsabteilungen A (Land- und Forstwirtschaft), B (Industrie einschließlich Bergbau und Baugewerbe), C (Handel und Verkehr einschließlich Gastwirtschaft), D (Lohnarbeit wechselnder Art und persönliche Dienste). Die mithelfenden Familienangehörigen wurden nicht einbezogen. Berechnet nach Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 211, Berlin 1913, Übersicht 40, S. 162'f.

2 = Regionaler Anteil der hauptberuflich tätigen Arbeiter und Arbeiterinnen im Jahre 1895 in Prozent.

3 = Regionaler Organisationsgrad der Freien Gewerkschaften 1896 in Prozent. Berechnet nach den Angaben in Tab. 1 und bezogen auf die Berufszählung im Jahre 1895.

4 = Regionaler Organisationsgrad der Freien Gewerkschaften 1900 in Prozent. Berechnet nach den Angaben in Tab. 1 und bezogen auf die Berufszählung im Jahre 1895.

5 = Hauptberuflich tätige Arbeiter und Arbeiterinnen im Jahre 1907 in den Berufsabteilungen A, B, C, D (s. Spalte 1). Die mithelfenden Familienangehörigen wurden nicht einbezogen. Berechnet nach Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 211, Berlin 1913, Übersicht 40, S. 162'f.

6 = Regionaler Anteil der hauptberuflich tätigen Arbeiter und Arbeiterinnen im Jahre 1907 in Prozent.

7 = Regionaler Organisationsgrad der Freien Gewerkschaften 1903 in Prozent. Berechnet nach den Angaben in Tab. 1 und bezogen auf die Berufszählung im Jahre 1907.

8 = Regionaler Organisationsgrad der Freien Gewerkschaften 1906 in Prozent. Berechnet nach den Angaben in Tab. 1 und bezogen auf die Berufszählung im Jahre 1907.

9 = Regionaler Organisationsgrad der Freien Gewerkschaften 1911 in Prozent. Berechnet nach den Angaben in Tab. 1 und bezogen auf die Berufszählung im Jahre 1907.

Tabelle 3: Regionale Ausbreitung und Organisationsgrad der Freien Gewerkschaften in größeren Gebietseinheiten 1896–1911

	I	1896	1900	II	1903	1906	1911
Süddeutschland	2 297 877	a 36 659 b 16,0 c 1,6	a 79 711 b 14,6 c 3,5	2 532 967	a 95 013 b 12,4 c 3,8	a 210 957 b 14,6 c 8,3	a 408 645 b 17,9 c 15,8
Mitteldeutschland	1 248 415	a 40 504 b 17,7 c 3,2	a 92 936 b 17,0 c 7,4	1 624 337	a 119 037 b 15,5 c 7,3	a 247 632 b 17,1 c 15,2	a 441 007 b 19,3 c 27,1
Ostdeutschland	2 426 723	a 17 293 b 7,5 c 0,7	a 36 085 b 6,6 c 1,5	2 737 984	a 57 358 b 7,5 c 2,1	a 110 594 b 7,6 c 4,0	a 178 215 b 7,8 c 6,5
Mittelnorddeutschland	1 867 023	a 49 394 b 21,6 c 2,6	a 155 218 b 28,4 c 8,3	2 476 874	a 209 450 b 27,3 c 8,5	a 380 362 b 26,3 c 15,4	a 534 954 b 23,4 c 21,6
Hansestädte	217 838	a 18 461 b 8,1 c 8,5	a 50 476 b 9,2 c 23,2	317 180	a 70 918 b 9,2 c 22,4	a 101 678 b 7,0 c 32,1	a 194 257 b 8,5 c 61,2
Nordwestdeutschland	1 009 236	a 33 541 b 14,7 c 3,3	a 52 568 b 9,6 c 5,2	1 249 944	a 73 811 b 9,6 c 5,9	a 110 795 b 7,7 c 8,9	a 177 221 b 7,8 c 14,2
Westdeutschland	2 112 346	a 29 104 b 12,7 c 1,4	a 73 496 b 13,5 c 3,5	3 080 647	a 134 418 b 17,6 c 4,4	a 271 658 b 18,8 c 8,8	a 321 691 b 14,1 c 10,4
Reichsgebiet	11 179 458	a 228 822 c 2,0	a 545 896 c 4,9	14 019 933	a 766 661 c 5,5	a 1 446 529 c 10,3	a 2 285 533 c 16,3

I = Hauptberuflich tätige Arbeiter und Arbeiterinnen im Jahre 1895 in den Berufsabteilungen A, B, C, D (vgl. Tab. 2, Spalte 1)

II = Hauptberuflich tätige Arbeiter und Arbeiterinnen im Jahre 1907 in den Berufsabteilungen A, B, C, D (vgl. Tab. 2, Spalte 5)

a = Mitgliederzahl der Freien Gewerkschaften

b = Organisationsanteil der Region an der Gesamtmitgliedschaft der Freien Gewerkschaften im Deutschen Reich

c = Organisationsgrad der Freien Gewerkschaften in der jeweiligen Region (1896 und 1900 bezogen auf die Berufszählung von 1895; 1903, 1906 und 1911 bezogen auf die Berufszählung von 1907)

Süddeutschland = Bayern, Württemberg, Baden, Elsaß-Lothringen, Hohenzollern

Mitteldeutschland = Königreich Sachsen, Thüringische Staaten

Ostdeutschland = Ostpreußen, Westpreußen, Pommern, Posen, Schlesien

Mittelnorddeutschland = Brandenburg, Berlin, Provinz Sachsen, Anhalt, Braunschweig

Hansestädte = Hamburg, Bremen, Lübeck

Nordwestdeutschland = Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, Schleswig-Holstein, Hannover, Lippe, Schaumburg-Lippe, Oldenburg

Westdeutschland = Rheinland, Westfalen, Hessen, Hessen-Nassau, Waldeck

Für die Berechnung der einzelnen Prozentwerte und Zahlenangaben wurden die Daten in den Tab. 1, 2 und 4 herangezogen.

Tabelle 4: Regionale Ausbreitung und Organisationsgrad der Freien Gewerkschaften in Preußen 1896–1911

	I	1896	1900	II	1903	1906	1911
Ostpreußen	408 636	a 1 090 b 1,0 c 0,3	a 1 702 b 0,6 c 0,4	431 963	a 4 483 b 1,0 c 1,0	a 9 028 b 1,1 c 2,1	a 21 180 b 1,9 c 4,9
Westpreußen	296 494	a 876 b 0,8 c 0,3	a 1 224 b 0,4 c 0,4	324 149	a 2 304 b 0,5 c 0,7	a 8 473 b 1,1 c 2,6	a 15 915 b 1,5 c 5,9
Pommern	334 417	a 2 623 b 2,4 c 0,8	a 10 145 b 3,6 c 3,0	381 090	a 14 316 b 3,3 c 3,8	a 21 545 b 2,7 c 5,7	a 38 311 b 3,5 c 10,1
Posen	371 125	a 802 b 0,7 c 0,2	a 1 864 b 0,7 c 0,5	385 128	a 6 142 b 1,4 c 1,6	a 6 212 b 0,8 c 1,6	a 9 890 b 0,9 c 2,1
Schlesien	1 016 051	a 10 408 b 9,3 c 1,0	a 21 150 b 7,5 c 2,1	1 215 654	a 30 114 b 7,0 c 2,5	a 65 336 b 8,1 c 5,4	a 92 919 b 8,4 c 7,6
Brandenburg	646 305	a 12 667 b 11,4 c 2,0	a 38 296 b 13,5 c 5,9	916 381	a 46 664 b 10,8 c 5,1	a 72 020 b 9,0 c 7,9	a 67 078 b 6,1 c 7,3
Berlin	431 364	a 21 716 b 19,5 c 5,0	a 66 799 b 23,5 c 15,5	601 929	a 102 410 b 23,7 c 17,0	a 211 921 b 26,4 c 35,2	a 301 644 b 27,4 c 50,1
Sachsen	614 675	a 11 334 b 10,2 c 1,8	a 39 967 b 14,1 c 6,5	747 320	a 45 314 b 10,4 c 6,1	a 75 889 b 9,4 c 10,2	a 127 990 b 11,6 c 17,1

Schleswig-Holstein	271 712	a 13 568 b 12,2 c 5,0	a 23 218 b 8,2 c 8,5	339 635	a 31 591 b 7,3 c 9,3	a 36 639 b 4,6 c 10,8	a 53 038 b 4,8 c 15,6
Hannover	469 389	a 15 163 b 13,6 c 3,2	a 21 828 b 7,7 c 4,7	601 673	a 29 204 b 6,8 c 4,9	a 54 961 b 6,8 c 9,1	a 91 920 b 8,3 c 15,3
Westfalen	572 134	a 5 403 b 4,8 c 0,9	a 10 245 b 3,6 c 1,8	901 059	a 48 288 b 11,2 c 5,4	a 95 360 b 11,8 c 10,6	a 68 790 b 6,3 c 7,6
Hessen-Nassau	318 333	a 6 233 b 5,6 c 2,0	a 18 817 b 6,6 c 5,9	430 941	a 21 993 b 5,1 c 5,1	a 50 776 b 6,3 c 11,8	a 76 324 b 6,9 c 17,7
Rheinland	1 021 598	a 9 505 b 8,5 c 0,9	a 28 617 b 10,0 c 2,8	1 495 914	a 49 669 b 11,5 c 3,3	a 95 244 b 11,9 c 6,4	a 136 219 b 12,4 c 9,1
Hohenzollern	7 401	a 4 b – c 0,1	a 2 b – c –	9 524	a – b – c –	a 103 b – c 1,1	a 196 b – c 2,0
Insgesamt	6 779 634	a 111 392 c 1,6	a 283 874 c 4,2	8 782 360	a 432 485 c 4,9	a 803 507 c 9,1	a 1 101 414 c 12,5

I = Hauptberuflich tätige Arbeiter und Arbeiterinnen im Jahre 1895 in den Berufsabteilungen A, B, C, D (vgl. Tab. 2, Spalte 1)

II = Hauptberuflich tätige Arbeiter und Arbeiterinnen im Jahre 1907 in den Berufsabteilungen A, B, C, D (vgl. Tab. 2, Spalte 5)

a = Mitgliederzahl der Freien Gewerkschaften

b = Organisationsanteil der Provinz an der Gesamtmitgliedschaft der Freien Gewerkschaften in Preußen

c = Organisationsgrad der Freien Gewerkschaften in der jeweiligen Provinz (1896 und 1900 bezogen auf die Berufszählung von 1895; 1903, 1906 und 1911 bezogen auf die Berufszählung von 1907)

Quellen: Für die Jahre 1896 bis 1903 *Troeltsch/Hirschfeld*, Tabellenanhang, S. 21'–33'; für das Jahr 1906 *Hirschfeld*, S. 14f.; für das Jahr 1911 Verbände 1911, Tabellenanhang, S. 47, Spalte 66. Die Angaben zu den hauptberuflich tätigen Arbeitern und Arbeiterinnen sind berechnet nach Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 211, Berlin 1913, Übersicht 40, S. 162'f.

Tabelle 5: Verteilung der Mitglieder der Freien Gewerkschaften nach Ortsgrößenklassen 1896–1918

	1896	1903	1911	1912	1913	1918
Großstädte mit mehr als 100 000 Einwohnern	45,2	47,0	56,9	56,6	56,4	54,7
Mittelstädte mit 20 000 bis 100 000 Einwohnern	26,7	23,3	21,0	22,0	22,3	25,6
Kleinstädte mit 5000 bis 20 000 Einwohnern	16,8	16,5	13,6	13,8	13,9	14,1
Landstädte mit 2000 bis 5000 Einwohnern			4,6	4,3	4,3	3,5
Ländliche Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern	6,9	12,1	2,4	2,4	2,4	1,8

Quelle: Für die Jahre 1896 und 1903 berechnet nach *Troeltsch/Hirschfeld*, Tabellenanhang, S. 106*; für das Jahr 1911: Verbände 1911, Tabellenanhang, S. 51, Spalte 63; für das Jahr 1912: Verbände 1912, Tabellenanhang, S. 61, Spalte 60; für das Jahr 1913: Verbände 1913, Tabellenanhang, S. 63, Spalte 57; für das Jahr 1918: Verbände 1918, Tabellenanhang, S. 60, Spalte 46. Die Angaben runden sich nicht auf 100 Prozent, weil Einzelmitglieder im Reich und im Ausland hinzukommen, die sich keiner bestimmten Ortsgrößenklasse zurechnen ließen.

Tabelle 6: Mitglieder und Organisationsgrad der Freien Gewerkschaften in deutschen Großstädten mit mehr als 200 000 Einwohnern 1903–1911

	1	2	3	4	5	6	7
Groß-Berlin	702 042	104 654	14,9	215 028	30,6	301 644	43,0
Bremen	54 665	11 984	21,9	18 078	33,1	33 317	60,9
Breslau	114 478	9 594	8,4	23 410	20,4	30 004	26,2
Chemnitz	76 904	6 964	9,1	14 711	19,1	40 657	52,9
Dortmund	51 673	3 173	6,1	6 691	12,9	8 687	16,8
Dresden	124 051	17 841	14,4	51 890	41,8	80 260	64,7
Düsseldorf	66 021	3 886	5,9	9 364	14,2	21 274	32,2
Duisburg	54 036	971	1,8	2 367	4,4	5 361	9,9
Essen/Ruhr	63 524	2 516	4,0	8 524	13,4	10 146	16,0
Frankfurt a. M.	85 447	10 678	12,5	25 898	30,3	42 374	49,6
Hamburg	254 844	43 751	17,2	65 253	25,6	133 423	52,4
Hannover	56 616	9 173	16,2	24 351	43,0	38 313	67,1
Kiel	39 905	7 052	17,7	10 850	27,2	21 361	53,2
Köln	103 761	5 797	5,6	15 368	14,8	25 694	24,8
Königsberg	56 917	3 151	5,5	6 702	11,8	11 612	20,4
Leipzig	132 070	24 236	18,4	48 135	36,4	73 264	55,5
Magdeburg	57 005	8 709	15,3	20 275	35,6	27 366	48,0
München	134 650	14 542	10,8	36 720	27,3	68 932	51,2
Nürnberg	92 279	11 119	12,0	26 691	28,9	57 336	62,1
Stettin	52 280	7 021	13,4	9 700	18,6	22 482	43,0
Stuttgart	65 825	11 626	17,7	18 853	28,6	42 170	64,1
Insgesamt	2 438 993	318 438	13,1	658 859	27,0	1 095 677	44,9

1 = Hauptberuflich tätige Arbeiter und Arbeiterinnen im Jahre 1907

2 = Mitgliederzahl der Freien Gewerkschaften im Jahre 1903

3 = Organisationsgrad im Jahre 1903

4 = Mitgliederzahl der Freien Gewerkschaften im Jahre 1906

5 = Organisationsgrad im Jahre 1906

6 = Mitgliederzahl der Freien Gewerkschaften im Jahre 1911

7 = Organisationsgrad im Jahre 1911

Quellen: Berechnet nach den Angaben bei *Hirschfeld*, Tabellenanhang, S. 268*–290* (für die Jahre 1903 und 1906); Verbände 1911, Tabellenanhang, S. 53, Spalte 5; S. 51, Spalte 63 (für das Jahr 1911). Zu Groß-Berlin sind die Einzelangaben für Berlin, Charlottenburg, Neukölln und Schöneberg zusammengefaßt.

Tabelle 7: Regionale Ausbreitung der Richtungsgewerkschaften im Deutschen Reich im Jahre 1903

	1	2	3	4	5
Preußen	599 274	a 56,4 b 72,2	95,0 2,6	76,4 12,1	86,7 13,1
Bayern r. Rh.	57 747	a 6,2 b 82,6	1,0 0,3	4,4 7,2	6,2 9,9
Bayern l. Rh.	11 840	a 1,3 b 83,8	– –	1,1 8,6	1,0 7,6
Sachsen	100 534	a 12,3 b 94,0	0,9 0,2	6,2 5,8	– –
Württemberg	22 570	a 2,6 b 88,5	– –	2,2 9,2	0,6 2,3
Baden	19 432	a 1,8 b 69,9	– –	4,0 19,7	2,2 10,4
Hessen	15 933	a 1,9 b 90,4	– –	0,9 5,7	0,7 3,9
Mecklenburg-Schwerin	7 211	a 0,9 b 95,4	– –	0,1 7,3	– –
Mecklenburg-Strelitz	1 165	a 0,1 b 92,7	– –	0,1 7,3	– –
Thüring. Staaten	26 332	a 3,2 b 93,1	– –	1,9 6,9	– –
Oldenburg	3 571	a 0,4 b 87,3	– –	0,3 9,0	0,1 3,7
Braunschweig	10 246	a 1,3 b 96,6	– –	0,2 1,3	0,2 2,1

	1	2	3	4	5
Anhalt	6 402	a 0,7 b 80,7	– –	1,3 19,3	– –
Waldeck	67	a – b 100,0	– –	– –	– –
Lippe und Schaumburg-Lippe	3 400	a 0,3 b 57,0	– –	– –	1,6 43,0
Lübeck	6 496	a 0,8 b 98,8	– –	0,1 0,2	– –
Bremen	18 411	a 2,4 b 99,2	– –	0,1 0,4	0,1 0,4
Hamburg	47 114	a 6,5 b 98,1	3,1 1,1	0,3 0,7	0,1 0,1
Elsaß-Lothringen	4 487	a 0,4 b 85,5	– –	0,2 5,3	0,5 9,2
Insgesamt	962 232	c 760 005 79,0	16 128 1,7	95 137 9,9	90 962 9,4

1 = Gesamtzahl der Mitglieder aller Richtungsgewerkschaften im jeweiligen Bundesstaat

2 = Freie Gewerkschaften

3 = Lokalorganisierte Gewerkschaften

4 = Hirsch-Dunckersche Gewerkvereine

5 = Christliche Gewerkschaften

a = Regionaler Organisationsanteil der Richtungsgewerkschaften bezogen auf die Gesamtzahl ihrer Mitglieder im Reichsgebiet

b = Regionaler Organisationsanteil der Richtungsgewerkschaften bezogen auf die Gesamtzahl aller Richtungsgewerkschaften im jeweiligen Bundesstaat

c = Reichsweiter Organisationsanteil der Richtungsgewerkschaften

Quelle: Berechnet nach den Angaben bei Troeltsch/Hirschfeld, S. 100.

Tabelle 8: Regionale Ausbreitung und regionaler Organisationsgrad der Freien Gewerkschaften nach Branchen in den Bundesstaaten im Jahre 1911

		I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X	XI	XII
Preußen	a	373 768	1024 782	359 742	83 096	86 950	316 223	417 304	414 967	964 950	84 219	583 901	152 375
	b	21 950	281 518	49 884	13 400	13 250	94 856	56 119	55 881	235 815	50 884	94 496	7 854
	c	5,9	27,5	13,9	16,1	15,2	30,0	13,4	13,5	24,4	60,4	16,2	5,2
Bayern r. Rh.	a	66 981	111 615	49 831	11 934	9 005	54 616	58 709	47 214	116 765	14 319	54 671	34 759
	b	12 550	46 039	7 070	2 943	2 580	21 342	13 243	8 843	47 156	10 318	11 793	1 371
	c	18,7	41,2	14,2	24,7	28,7	39,1	22,6	18,7	40,4	72,1	21,6	3,9
Bayern l. Rh.	a	13 330	22 040	6 747	2 257	1 968	7 595	13 074	16 726	17 766	1 194	7 483	1 837
	b	637	5 483	494	17	57	1 126	874	5 960	1 562	635	351	—
	c	0,1	24,9	7,3	0,8	2,9	14,8	6,7	35,6	8,8	53,2	4,7	—
Sachsen	a	56 018	177 713	228 393	38 714	11 498	54 622	61 318	73 687	126 434	31 880	70 828	27 792
	b	10 166	82 180	52 244	8 036	3 858	29 922	15 863	15 450	73 848	17 884	16 189	1 209
	c	18,1	46,2	22,9	20,8	33,6	54,8	25,9	21,0	58,4	56,1	22,9	4,4
Württemberg	a	15 599	81 653	47 936	9 252	6 376	27 067	27 599	31 584	49 833	6 687	16 903	9 109
	b	808	26 908	2 946	1 725	2 596	8 650	2 980	7 130	11 044	4 777	2 006	61
	c	5,2	33,0	6,1	18,6	40,7	32,0	10,8	22,6	22,2	71,4	11,9	0,7
Baden	a	17 331	72 323	29 873	8 298	8 846	21 121	54 332	15 686	53 285	4 431	22 063	15 256
	b	1 454	20 387	1 436	984	1 022	4 374	4 896	1 476	12 391	2 667	3 424	257
	c	8,4	28,2	4,8	11,9	11,6	20,7	9,0	9,4	23,3	60,2	15,1	1,7
Hessen	a	12 200	29 482	3 099	3 219	13 295	12 975	18 440	11 314	40 467	3 405	14 002	4 545
	b	874	8 767	26	207	3 670	3 908	2 589	2 126	7 998	1 751	1 636	203
	c	7,2	29,7	0,8	6,4	27,6	30,1	14,0	18,8	19,8	51,4	11,7	4,5
Mecklenburg-Schwerin	a	2 865	9 742	389	659	851	4 142	6 205	3 998	14 344	737	7 368	3 402
	b	138	2 244	—	28	131	1 489	581	562	6 988	382	1 505	—
	c	4,8	23,0	—	4,2	15,4	35,9	9,4	14,1	48,7	51,8	20,4	—

		I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X	XI	XII
Mecklenburg-Strelitz	a	682	1 182	61	34	67	950	1 005	687	3 098	109	970	406
	b	—	76	—	—	—	234	33	5	956	63	—	—
	c	—	6,4	—	—	—	24,6	3,3	0,7	30,9	57,8	—	—
Thüring. Staaten	a	39 633	38 636	38 727	7 738	5 954	19 341	16 666	16 544	50 216	3 746	13 259	6 738
	b	10 751	13 605	9 666	843	1 679	7 907	3 403	2 720	16 048	2 070	2 498	106
	c	27,1	35,2	25,0	10,9	28,2	40,9	20,4	16,4	32,0	55,3	18,8	1,6
Oldenburg	a	4 708	11 964	3 972	187	1 362	3 367	3 573	2 869	11 560	483	5 206	1 961
	b	302	1 267	729	—	62	650	276	189	2 783	303	1 063	—
	c	6,4	10,6	18,4	—	4,6	19,3	7,7	6,6	24,1	62,7	20,4	—
Braunschweig	a	7 719	14 216	3 818	686	855	4 590	9 015	4 575	14 926	1 289	6 773	3 253
	b	277	6 325	1 004	79	179	1 871	1 496	767	4 353	743	523	68
	c	3,6	44,5	26,3	11,5	20,9	40,8	16,6	16,8	29,2	57,6	7,7	2,1
Anhalt	a	3 826	10 750	560	1 044	530	3 121	5 501	2 493	8 734	635	4 489	1 212
	b	100	3 316	—	13	48	966	798	188	2 655	418	703	13
	c	2,6	30,8	—	1,2	9,1	31,0	14,5	7,5	30,4	65,8	15,7	1,1
Lippe und Schaumburg-Lippe	a	2 567	1 264	577	95	182	1 971	3 334	1 502	4 287	539	1 311	606
	b	284	9	4	13	—	402	702	194	600	126	11	—
	c	11,1	0,7	0,7	13,7	—	20,4	21,1	12,9	14,0	23,4	0,8	—
Waldeck	a	325	493	52	86	53	465	859	386	1 863	56	445	1 169
	b	—	—	—	—	—	5	389	—	139	20	—	—
	c	—	—	—	—	—	1,1	45,3	—	7,5	35,7	—	—
Lübeck	a	570	4 446	74	94	165	1 339	2 362	879	4 439	415	5 165	1 188
	b	23	2 786	—	99	39	607	624	300	1 710	303	2 534	128
	c	4,0	62,7	—	100,0	23,6	45,3	26,4	34,1	38,5	73,0	49,1	10,8
Bremen	a	846	11 446	2 197	233	632	3 911	4 550	3 019	10 138	1 121	13 836	3 239
	b	168	11 171	1 179	138	302	5 758	2 957	1 251	8 206	736	9 528	380
	c	19,9	97,6	53,7	59,2	47,8	—	65,0	41,4	80,9	65,7	68,9	11,7

		I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X	XI	XII
Hamburg	a	1857	26 730	1 526	1 370	4 659	11 617	14 000	12 518	28 702	4 658	65 065	10 820
	b	584	25 213	1 494	1 247	1 069	8 045	8 755	4 319	20 616	3 826	32 109	1 925
	c	31,4	94,3	97,9	91,0	22,9	69,3	62,5	34,5	71,8	82,1	49,3	17,8
Elsaß-Lothringen	a	21 334	37 195	68 170	3 025	3 474	13 062	14 526	14 854	46 216	2 616	17 874	6 438
	b	561	2 722	3 216	121	232	1 576	1 141	734	7 575	1 447	1 890	37
	c	2,6	7,3	4,7	4,0	6,7	12,1	7,9	4,9	16,4	55,3	10,6	0,6
Reichsgebiet	a	642 159	1 687 672	845 744	172 021	156 722	562 095	732 372	675 502	1 568 023	162 539	911 612	286 105
	b*	61 802	540 578	131 426	30 755	38 621	194 560	118 159	109 242	462 813	99 571	184 345	13 918
	c	9,6	32,0	15,5	17,9	24,6	34,6	16,1	16,2	29,5	61,3	20,2	4,9

* einschließlich Einzelmitglieder und Mitglieder im Ausland

a = Gesamtzahl der gelernten und ungelernten Arbeiter und Arbeiterinnen nach Branchen (c₂- und c₃-Personen der Reichsstatistik)

b = Mitglieder der Freien Gewerkschaften nach Branchen

c = Freigewerkschaftlicher Organisationsgrad nach Branchen

I = Industrie der Steine und Erden. Gewerkschaftsverbände: Glasarbeiter, Porzellanarbeiter, Steinarbeiter

II = Metallverarbeitung und Maschinenindustrie. Gewerkschaftsverbände: Kupferschmiede, Metallarbeiter, Schiffszimmerer, Schmiede

III = Textilindustrie. Gewerkschaftsverbände: Textilarbeiter

IV = Papierindustrie. Gewerkschaftsverbände: Buchbinder

V = Lederindustrie. Gewerkschaftsverbände: Lederarbeiter, Sattler, Tapezierer. Von den 15 091 Mitgliedern des Lederarbeiterverbandes ließen sich nur 7 617 regional zuordnen.

VI = Holzindustrie. Gewerkschaftsverbände: Bildhauer, Böttcher, Holzarbeiter

VII = Nahrung und Genußmittel. Gewerkschaftsverbände: Bäcker u. Konditoren, Brauerei- u. Mühlenarbeiter, Fleischer, Tabakarbeiter, Zigarrensortierer

VIII = Bekleidungsindustrie. Gewerkschaftsverbände: Blumenarbeiter, Hutmacher, Kürschner, Schneider, Schuhmacher

IX = Baugewerbe. Gewerkschaftsverbände: Asphalteure, Dachdecker, Glaser, Maler, Steinsetzer, Stukkateure, Töpfer, Bauarbeiter, Zimmerer. Es fehlt der Verband der Steinsetzer mit 10 706 Mitgliedern.

X = Polygraphisches Gewerbe. Gewerkschaftsverbände: Buchdrucker, Buchdruckereihilfsarbeiter, Lithographen, Notenstecher, Xylographen

XI = Handel u. Verkehr (ohne Post u. Eisenbahn). Gewerkschaftsverbände: Transportarbeiterverband. Von der Gesamtzahl der Mitglieder dieses Verbandes mußten 10 904 Binnenschiffer u. Flößer unberücksichtigt bleiben, für die keine regionalen Angaben vorliegen. Es fehlen die Verbände der Handlungsgehilfen (14 377 Mitglieder) und der Lagerhalter (2 628 Mitglieder).

XII = Gastronomie. Gewerkschaftsverbände: Gastwirtsgehilfen

Quellen: Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 211, Berlin 1913, Übersicht 43, S. 172'-175'. Verbände 1911, Übersicht 19, S. 44-47.

Friedhelm Boll

Arbeitskampf und Region. Arbeitskämpfe, Tarifverträge und Streikwellen im regionalen Vergleich 1871-1914

I

Die mobilisierende Wirkung von Streiks, vorzüglich natürlich die der erfolgreichen, war ein Gemeinplatz der frühen Arbeiterbewegung. Der sprunghafte Anstieg von gewerkschaftlichen Mitgliederzahlen gerade in Jahren besonders intensiver und häufiger Arbeitskämpfe belegt diese Mobilisierungsfunktion¹. Hat sich dies auch in sozialdemokratische Wählerstimmen umgesetzt? Diese Kernfrage begründet die Aufnahme eines Streikbeitrags in einen überwiegend wahlhistorisch ausgerichteten Sammelband. Jedoch ist nicht an eine Fallstudie zur direkten Abhängigkeit oder Beeinträchtigung² von Wahl- und Arbeitskämpfen gedacht. Vielmehr sollen einige *Grundmuster der Mobilisierung durch Arbeitskämpfe* herausgestellt werden, wobei Streikwellen und regionale Unterschiede im Vordergrund stehen. Das wellenhafte Auf und Ab von Phasen überwiegend erfolgreicher Streik- und Organisationskämpfe und Zeiten vermehrter Niederlagen und Rückschläge soll die traditionelle, gelegentlich auch wahlrhetorisch gestützte Sicht eines kontinuierlichen, unaufhaltsamen Aufstiegs der sozialdemo-

¹ James E. Cronin, Streiks und gewerkschaftliche Organisationsfortschritte: Großbritannien und Kontinentaleuropa 1870-1914, in: Wolfgang J. Mommsen, Hans-Gerhard Haupt (Hrsg.), Auf dem Wege zur Massengewerkschaft. Die Entwicklung der Gewerkschaften in Deutschland und Großbritannien 1880-1914 (Stuttgart 1984) 79-108; Friedhelm Boll, Streikwellen im europäischen Vergleich, ebd. 109-135; im folgenden zitiert: Boll, Streikwellen; Klaus Tenfelde, Konflikt und Organisation in der Frühgeschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, ebd. 256-276.
² Systematische Untersuchungen über den positiven oder negativen Zusammenhang von Wahlen und Arbeitskämpfen liegen für den deutschen Sprachraum meines Wissens nicht vor. Thematisiert wird dieses Problem im allgemeinen in einschlägigen Studien zur gewerkschaftlichen Gründungsphase Ende der 1860er Jahre sowie in solchen zur Novemberrevolution. Siehe z. B.: Dietrich Miller, ... aber es kam kein Mensch nach den Gruben, um anzufahren, Arbeitskämpfe der Ruhrbergarbeiter 1867-1878 (Frankfurt/New York 1983) 73 ff., 236 ff.; Lohar Matthan, Streiks im frühen deutschen Kaiserreich (Frankfurt/New York 1983) 26 ff. und passim; im folgenden zitiert: Matthan, Streiks; Heinrich Volkmann, Die Streikwellen von 1910-13 und 1919-20: Kontinuität oder Diskontinuität der Arbeitskämpfeentwicklung? in: Jürgen Bergmann u. a., Arbeit, Mobilität, Partizipation, Protest (Opladen 1986) 220-250; im folgenden zitiert: Volkmann, Streikwellen.